

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 15. August 2023

www.epd.de

Nr. 33

■ Klimapolitik und Ungleichheit – 12. Konferenz zur sozialen Spaltung

Tagung der Evangelischen Akademie der Nordkirche in Kooperation mit der
Arbeitsgemeinschaft Soziales Hamburg
Hamburg, 19. April 2023

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Bert Wegener
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur:
Uwe Gepp
Tel.: (069) 58 098 –135
Fax: (069) 58 098 –294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck:
Strube Druck & Medien GmbH
Stimmerswiesen 3
34587 Felsberg

■ Klimaschutz: Die soziale Frage des 21. Jahrhunderts

Je ärmer und je geringer der ökologische Fußabdruck, desto stärker leiden die Menschen an den Folgen der Erderhitzung. Das ist im Pazifik nicht anders als im reichen Deutschland. Zugleich profitieren aber vor allem finanziell Bessergestellte – trotz weit überdurchschnittlichem CO₂-Ausstoß – von staatlichen Investitionen in den Klimaschutz, egal ob auf dem Immobilienmarkt oder beim Autokauf.

Angesichts dieses Gerechtigkeitsparadoxes wundert es kaum, dass der so dringend notwendige Klimaschutz nicht nur ökologischen, sondern auch sozialen Konfliktstoff bietet: Was jedoch ist wichtiger? Artenschutz oder Energiegewinnung? Bezahlbare Wohnungen oder Einhaltung der selbst gesetzten Klimaschutzziele? Der Verzicht auf Fleisch und Currywurst in Kita und Kantine oder der soziale Friede?

Als sich die AG Soziales Hamburg und die Evangelische Akademie der Nordkirche im Herbst 2021 auf »Klimapolitik und Ungleichheit« als Thema für die 12. Konferenz zur sozialen Spaltung verständigten, ahnte niemand, wie sehr es anderthalb Jahre später in aller Munde sein sollte. Inzwischen ist in der breiten

Öffentlichkeit unstrittig – und in der Politik durch stete Wiederholung fast schon wieder eine inhaltsleer erscheinende Formel – dass Klimaschutz nicht mehr nur eine ökologische, sondern in gleichem Maße auch eine soziale Frage ist. Das haben insbesondere die Folgen des russischen Kriegs in der Ukraine für den deutschen Energiemarkt allen eindringlich vor Augen geführt, unabhängig davon, ob sie zur Miete wohnen oder in den eigenen vier Wänden. Doch was bedeutet das konkret, wenn Klimapolitik sich auf dem sozialen Auge nicht als blind erweisen soll? Woran scheiterte bislang eine kohärente Strategie? Lassen uns aktuell die Folgen des Kriegs in der Ukraine, lässt uns vor allem aber der Zustand des Planeten hierfür überhaupt noch Zeit?

Diesen Fragen ging die besagte Konferenz am 19. April d.J. einen ganzen Tag lang auf Einladung der Akademie sowie der AG Soziales Hamburg nach. Darin haben sich neben der Akademie u.a. Forschungsbereiche der Hamburger Hochschulen und die Lawaetz-Stiftung zusammengeschlossen. Als Mitwirkende konnten erfreulicherweise namhafte Referenten gewonnen werden, wie etwa die Soziologen Prof. Dr. Klaus Dörre und Prof. Dr. Sighard Neckel sowie der aus Brasilien stammende und seit langem in Hamburg lehrende

Leitautor des letzten Weltklimaberichts, Prof. Dr. Walter Leal.

Es folgten drei Workshops: Der eine natürlich zum Thema »Wohnen«, der zweite zu Herausforderungen für die Stadtteilarbeit und schließlich ein dritter, der sich mit der Wahrnehmung von Klimaschutz als ein vermeintliches »Elitenprojekt« und mit politischen Gegenstrategien hierzu auseinandersetzte. Daran schloss sich schließlich ein langes Abschlussplenum an, in dem u.a. der Hamburger Umweltsenator Jens Kerstan auf Thesen Sighard Neckels über soziale Konflikte im Streit um nachhaltige Lebensführung reagierte. Gleichfalls pointiert brachte ferner die frühere schleswig-holsteinische Sozialministerin und heutige Geschäftsführende Vorständin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Hamburg, Kristin Alheit, ihre politische Expertise aus verschiedenen Ämtern ein.

Mehr über die Konferenz, insbesondere das Tagungsprogramm, aber auch über alle früheren Konferenzen zur sozialen Spaltung findet sich auf der dafür eingerichteten Webseite: www.hamburg-stadtfüralle.de

Jürgen Heilig, Evangelische Akademie der Nordkirche

Quellen:

Klimapolitik und Ungleichheit – 12. Konferenz zur sozialen Spaltung

Tagung der Evangelischen Akademie der Nordkirche in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Soziales Hamburg
Hamburg, 19. April 2023

Inhalt:**Klimapolitik und Ungleichheit – 12. Konferenz zur sozialen Spaltung
Hamburg, 19. April 2023**

▶ Claudia Herzog Zum Vortrag »Wie der Klimawandel Ungleichheiten verschärft – global und lokal« von Prof. Dr. Walter Leal	4
▶ Prof. Dr. Klaus Dörre Wie Klimapolitik Ungleichheiten verstärken – oder mindern kann	6
Arbeitsgruppe 1: Wohnen in Zeiten von Energie- und Klimakrise ▶ Dr. Rolf Bosse	14
Arbeitsgruppe 2: Klimawandel – Herausforderungen für die Arbeit im Stadtteil ▶ Prof. Dr. Tilman Lutz und Dr. Anne Vogelpohl	16
Arbeitsgruppe 3: »Elitenprojekt« Klimaschutz? Wahrnehmung und politische Gegenstrategien? ▶ Dr. Angelika Gellrich und Michael Schipperges: Ergebnisse aus der Studie Umweltbewusstsein in Deutschland und weiteren sozialwissenschaftlichen Studien ▶ Dr. Stine Marg: Die Perspektive der Bürger auf die Energiewende in Deutschland	18 25
▶ Prof. Dr. Sighard Neckel Thesen: Nachhaltigkeit und Lebensführung – Chancen und Hindernisse eines sozial-ökologischen Wandels	28
▶ Jens Kerstan Kommentar zu den Thesen von Prof. Dr. Sighard Neckel	32
▶ Kristin Alheit Klimapolitik contra Sozialpolitik? Klimapolitik kann nur funktionieren, wenn sie ressortübergreifende Sozialpolitik ist	36
▶ Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	38

Zum Vortrag »Wie der Klimawandel die Ungleichheiten verschärft – global und lokal« von Prof. Dr. Walter Leal

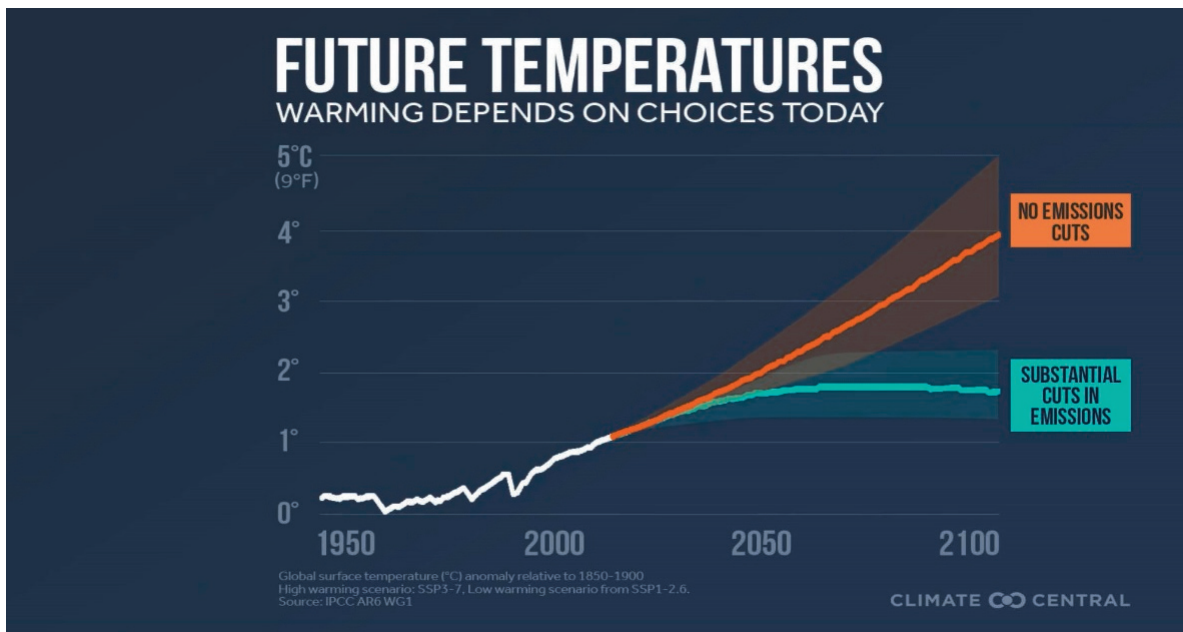
Claudia Herzog

Der Text fasst den zu Beginn der Tagung »Klimawandel und Ungleichheit« gehaltenen Vortrag in Form eines Berichtes zusammen.

Es ist schon frappierend: Die, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind, weil sie weder Villen, Swimmingpools noch Sportwagen besitzen und auch nicht regelmäßig per Flugzeug Kurzstrecken zurücklegen, sind dennoch am stärksten von seinen Auswirkungen betroffen. Eindrücklich führte der Hamburger Klimaexperte Walter Leal in seinem Auftaktreferat zur Konferenz diesen Zusammenhang vor Augen. Der gebürtige Brasilianer lebt seit über zwei Jahrzehnten in Hamburg und hat an der dortigen Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) einen der ältesten deutschen Professuren im Bereich der Nachhaltigkeitsforschung inne. Zudem gehörte der Wissenschaftler zu den Leitautoren des sechsten Weltklimaberichts, dessen Schlusskapitel gerade ein Monat vor der Konferenz veröffentlicht worden war.

Mit Blick auf die fortschreitend alarmierenden Ergebnisse des Berichts zum Zustand des planetaren Klimas zeigt sich Leal mehr als skeptisch: »Wir bewegen uns voran, aber wir haben keine Zeit.« Seit mehr als drei Jahrzehnten versuche der Weltklimarat (IPCC), der auch die regelmäßig erscheinenden und höchst umfangreichen Statusberichte herausgibt, das Thema Klimawandel auf die politische Agenda der Staaten zu setzen. Erfolg? Bestenfalls mäßig und in Augen vieler höchst unzureichend.

Wenn, so sieht es Leal, die Staaten ihre Kohlendioxidemissionen nicht in den Griff bekommen, dann wird sich die globale Durchschnittstemperatur gegenüber der vorindustriellen Zeit nicht auf zwei, sondern sogar auf knapp vier Grad erhöhen:



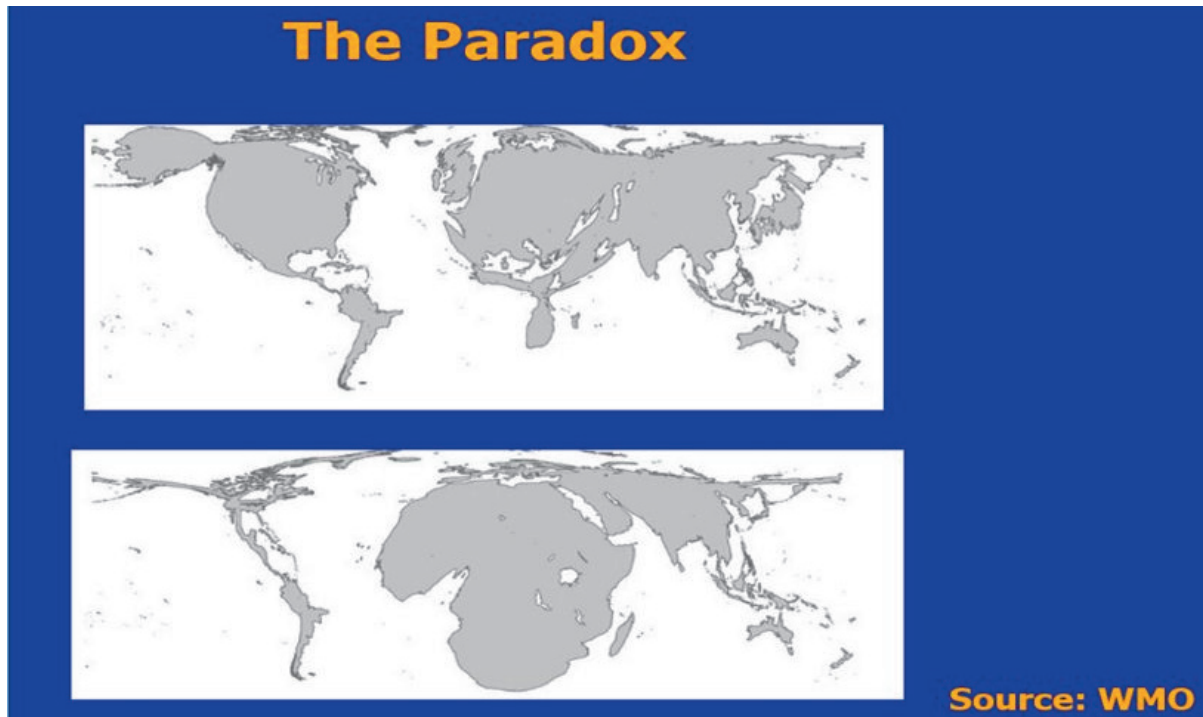
Quelle: Vortrag Prof. Dr. Walter Leal

»Es wäre eine Katastrophe«, stellt Leal nüchtern mit Blick auf ein solches Worst-case-Szenario fest. Mit einschneidendsten Folgen für ganze Erdteile, die, wenn sie nicht überschwemmt werden würden, mit Hitze, Stürmen, Wasserknapp-

heit und Ernteauffällen zu rechnen hätten. »Aber selbst bei einer Erhöhung auf zwei Grad hätte das erhebliche Auswirkungen auf Fauna und Flora, auf unsere Gesundheit oder die Landwirtschaft.«

Die dabei jetzt schon vorhandene Ungleichheit illustriert der sechste Weltklimabericht mit zwei Weltkarten, auf die auch Leal in seinem Vortrag einging: Auf der einen erscheinen die Kontinente nach Höhe des Kohlendioxidausstoßes: Afrika ist nicht mehr als ein Anhängsel Europas. Auf der zweiten Weltkarte werden die Auswirkungen des

Klimawandels illustriert und dort ist es genau umgekehrt: Afrika erscheint mit den Klimakatastrophen, die es zu bewältigen hat, übermächtig – Europa und die USA hingegen gar von der Weltkarte der Betroffenen zu verschwinden:



Quelle: Vortrag Prof. Dr. Walter Leal

Trotz verstärkter Aufmerksamkeit für den Klimawandel würden in Deutschland dessen jetzt schon bestehende Auswirkungen insbesondere auf Länder des globalen Südens aber noch nicht hinreichend beachtet, kritisierte Leal. Im Vordergrund stünden stattdessen die Folgen für Deutschland: »Wir sind mit uns selbst beschäftigt«, fügte der Wissenschaftler hinzu, der im sechsten Weltklimabericht als Leitautor federführend das Kapitel zu Armut, Lebensgrundlagen und nachhaltiger Entwicklung mitverfasst hat.

Mit der Selbstbeschäftigung gehe aber nach wie vor ein Glaube einher, den Klimawandel in Mitteleuropa beherrschen zu können. Anders als Länder im Süden hätte Deutschland zwar die Chancen zur Anpassung: »Wir haben das große Glück, dass wir in Deutschland wohnen, das ein wohlhabendes Land ist. Wir können etwa unsere Deiche höher bauen und zuhause eine Klimaanlage installieren.« Aber diese technischen Anpassungen hätten ihre Grenzen, warnte Leal: »Auch in Hamburg wird es Hotspots geben, in denen die Durchschnittstemperatur um 4,5 Grad steigen

wird.« Umso wichtiger sei es daher, den Klimawandel schon sehr frühzeitig bei der Stadtentwicklungsplanung zu berücksichtigen. Wenn, wie derzeit in Lüneburg diskutiert, eine Stadt durch Neubauten und intensive Nachverdichtung ihre Frischluftschneisen verlöre, sei das einfach kurzfristig.

Anders als Deutschland und die übrigen Industriestaaten hätten die Länder des globalen Südens aber überhaupt nicht einmal die Möglichkeit sich anzupassen. »Aus eigener Kraft schaffen sie es nicht«, stellte der Wissenschaftler in seinem Auftaktvortrag fest. Kein Wunder, dass sich daher viele Menschen etwa in Afrika auf den Weg machten, um in Europa ihr Glück zu versuchen. »Wenn wir aber versuchten, dort die Lebensgrundlagen zu verbessern, gäbe es keinen Grund für Migration.« Dessen seien sich die Industriestaaten auch bewusst und hätten bei der Klimaschutzkonferenz in Paris 2015, den Ländern des Südens 100 Milliarden US-Dollar an Hilfsgeldern zugesagt. »Aber«, so Leal: »Da ist nur ein Bruchteil geflossen.«

Wie Klimapolitik Ungleichheiten verstärken – oder mindern kann

Prof. Dr. Klaus Dörre

Hamburg, Palais Esplanade, 19. April 2023

Wir befinden uns geradewegs auf dem Weg in die »Klimahölle«¹, so hat Antonio Guterres die Lage anlässlich der Weltklimakonferenz Cop-27 auf den Punkt gebracht. Der UN-Generalsekretär hat allen Grund zur Besorgnis. Schon 2026 werden die CO₂-Budgets, die zur Einhaltung des vom Weltklimarat (IPCC) propagierten 1,5-Grad-Erderhitzungsziels noch zur Verfügung stehen, aufgebraucht sein. Würden alle Maßnahmen, die für eine Eindämmung des menschengemachten Klimawandels bereits vereinbart sind, tatsächlich realisiert, wäre das Ergebnis bestenfalls ein 2,8-Grad-Szenario. Doch warum geschieht noch immer viel zu wenig, um das Ruder herumzureißen?

Meine Antwort lautet: Weil das vereinnahmende »Wir« der gegenwärtig dominanten Klimapolitik suggeriert, bloßes Wissen um ökologische Großgefahren genüge, um Menschen zu Einsicht, Ein- und Umkehr zu bewegen. Diese Erwartungshaltung ökologischer Aufklärung ist trügerisch, denn sie verkennt, dass ökologischen Großgefahren wie dem Klimawandel stets die Dimension sozialer Gerechtigkeit eingeschrieben ist. Weil sie ein Gerechtigkeitsproblem beinhalten, münden Klimawandel und Klimapolitik in Transformationskonflikte, die sich aus gegensätzlichen, ja mitunter geradezu antagonistischen Interessen speisen.

Daran, dass dies in den vorherrschenden gesellschaftlichen Diskursen noch immer verkannt wird, hat die Soziologie durchaus einen Anteil. Not sei hierarchisch, Smog demokratisch, hatte Ulrich Beck Mitte der 1980er Jahre in seiner »Risikogesellschaft« notiert und von einer »Allbetroffenheit« durch ökologische Großgefahren gesprochen. Die damit verbundene Erwartungshaltung, die Konfliktlogik der leeren Mägen, also der klassenspezifischen Verteilungskämpfe, werde in reichen Gesellschaften von den Problemen der »vollen Bäuche«, das heißt den ungesesehenen Nebenfolgen industrieller Produktion verdrängt, hat vor allem die deutschsprachige Soziologie über Jahrzehnte hinweg dominiert.

Und, so sei hinzugefügt, diese Sichtweise wirkt wissenschaftlich wie politisch bis heute. Etwa dann, wenn die Bevölkerungen des reichen Nor-

dens generell als Täter und die Bevölkerungen des Globalen Südens ebenso pauschal als Opfer ökologischer Gefahrenproduktion betrachtet werden. Gegen solche Vereinfachungen gewendet lautet meine erste These: Ökologische Großgefahren wie die des Klimawandels betreffen alle, aber eben nicht in gleicher Weise und sie machen auch nicht alle gleich. Im Gegenteil: In Gesellschaften, in denen der – wie ihn der liberale Soziologe Ralf Dahrendorf einst nannte – demokratische Klassenkampf öffentlich marginalisiert wird, löst dies Widerständigkeiten aus, die als gewaltiger Bremsklotz für ökologische Nachhaltigkeit wirken können.

Um dies zu vermeiden, müssen soziale und ökologische Nachhaltigkeit zusammen gedacht werden. Denn das eine, so die zweite These, ist nicht ohne das andere zu haben. Zur Begründung werfe ich einen analytischen Blick auf die bundesdeutsche Klassengesellschaft der Gegenwart (I.), zeige sodann, wie das ungelöste Problem der Klimagerechtigkeit Ungleichheit verstärkt und ökologische Nachhaltigkeit blockiert (II.), um mit Überlegungen zu einer radikalen Kehrtwende in der Klimapolitik zu schließen (III., IV.).

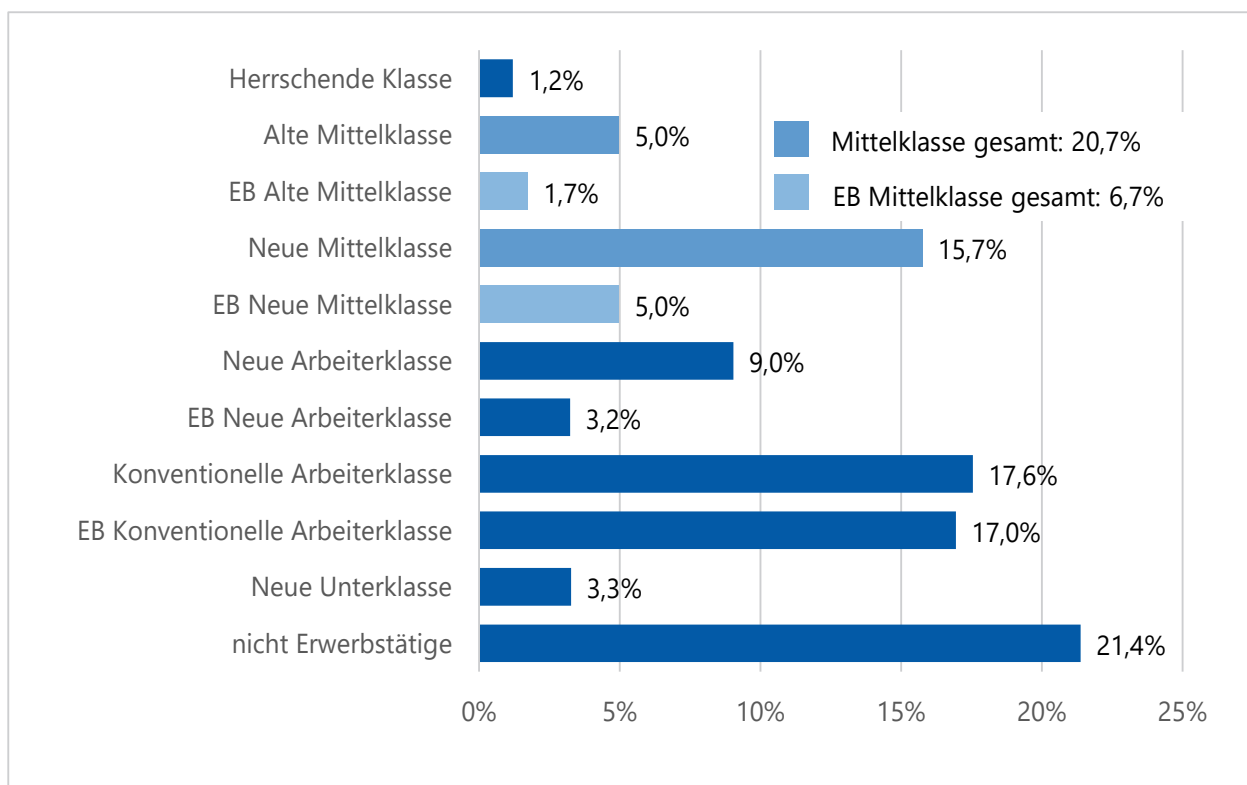
I.

Was Ulrich Beck und mit ihm die ökologische Aufklärung in ihren Hauptströmungen häufig verkennen: Auch vergleichsweise reiche, sichere Gesellschaften wie die der Bundesrepublik sind Klassengesellschaften. Den Klassenbegriff verwende ich hier in Anlehnung an Ralf Dahrendorf: »Klassen« sind aus bestimmten Strukturbedingungen hervorgegangene Interessengruppierungen, die als solche in soziale Konflikte eingreifen und zum Wandel sozialer Strukturen beitragen.«² Dabei gilt für alle Klassentheorien, dass stets mit einer Kausalitätsvermutung nach dem Muster »Die Armen sind arm, weil die Reichen reich sind« operiert wird. Dieser Grundgedanke findet sich in einer von meiner Arbeitsgruppe entwickelten, für die Erwerbspersonen zwischen 18 und 65 Jahren gültigen Klassenheuristik. Sie bezieht sich auf eine Klassengesellschaft, in der ein positives Bewusstsein von Klassenzugehörigkeit – etwa Arbeiter- und Produzentenstolz – in den unteren Klassen lange Zeit kaum noch vorhanden war. Anhand der Kriterien »Stellung im Produktions-

prozess und 'Verfügung über Produktionsmittel, der daraus abgeleiteten ›Kontrollmacht über Personen‹, zu der auch ideologische Beherrschung zählt, sowie dem angeeigneten ›Sozialeigentum‹³ differenziert die Heuristik auf der Basis eines Datensatzes von 2018 (n = 19.339; BIBB/BAuA)⁴ sechs Erwerbsklassen, von denen vier (Alte und Neue Mittelklasse; Neue und Konventionelle Lohnarbeitsklasse) je eigene Exklusionsbereiche hervorbringen (vgl. Abb. 1), die sich jeweils

durch eine unterdurchschnittliche Ausstattung mit Sozialkapital auszeichnen. Die Neue Unterklasse, die wir anhand des Kriteriums ›arme Arbeitslose‹ hinzugerechnet haben, befindet sich in Gänze unterhalb einer Schwelle gesellschaftlicher Respektabilität, ist also vom Zugang zu erwerbsarbeitsgebundenem Sozialkapital weitgehend ausgeschlossen.⁵

Verteilung nach Klassen mit Exklusionsbereichen (BiBB/BAuA, n = 19 339)



Die in der Klassenheuristik abgebildeten Verteilungen veranschaulichen für die Bundesrepublik, was Untersuchungen zu den globalen Ungleichheiten in der internationalen Dimension beschreiben. Relative Verlierer der Globalisierung sind die Industriearbeiterschaft und vermittelt, da in ihren Tätigkeiten häufig lokal gebunden, das Dienstleistungsproletariat der alten kapitalistischen Zentren. So ist der Exklusionsbereich der Konventionellen Arbeiterklasse gemessen an atypischer Beschäftigung (Teilzeit, Leiharbeit, Befristung) und einem prekären Lohn (weniger als 75 Prozent des durchschnittlichen Bruttolohns) fast genauso groß wie jener Teil, der die klassenspezifischen Normalitätsstandards setzt. Die Übergänge zur neuen Unterklasse sind dementsprechend

fließend. Daran zeigt sich: Selbst in Gesellschaften mit prosperierender Wirtschaft sind unsichere Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse zu einer »normalen Organisationsform«⁶ des sozialen Lebens geworden, die in überdurchschnittlichem Ausmaß den Alltag von Frauen und der migrantischen Bevölkerungsteile prägt.

II.

Wie lässt sich die Klassenheuristik auf den Klimawandel beziehen? In einer bahnbrechenden Studie hat der Ökonom Lucas Chancel trotz insgesamt schlechter Datenlage gezeigt, wie der Klimafußabdruck mit der jeweiligen Klassenposition variiert. So sind die Emissionen der ärmeren

Bevölkerungshälfte in Europa und Nordamerika zwischen 1990 und 2019 um mehr als ein Viertel zurückgegangen, während sie in den (semi-)peripheren Ländern im gleichen Ausmaß zugenommen haben. Die untere Hälfte der Einkommens-/Vermögensgruppen in Europa und Nordamerika hat Werte erreicht, die sich denen der Pariser Klimaziele für 2030 mit einer jährlichen Pro-Kopf-Emissionslast von etwa 10 Tonnen in den USA und etwa 5 Tonnen in europäischen Ländern zumindest annähern oder diese gar erreichen. Die wohlhabendsten ein Prozent emittierten 2019 hingegen 26 Prozent mehr als vor 30 Jahren, die reichsten 0,01 Prozent legten gar um 80 Prozent zu. Diese Klimaungerechtigkeit provoziert Transformationskonflikte. Mit Hilfe unserer Heuristik lässt sich zeigen, wie klassenspezifische Ungleichheiten Transformationskonflikte auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen antreiben.

Beginnen wir mit Konflikten, die auf der gesellschaftlichen *Makroebene* mit Verfügung über Produktionsmittel und der Monopolisierung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht verbunden sind. Hauptursache für die steigende Emissionslast sind nach Chancel die Investitionen, nicht der individuelle Konsum. Zugespitzt formuliert bedeutet dies, dass Produktions- und Investitionsentscheidungen in der Regel von Mitgliedern herrschender Klassenfraktionen getroffen werden. Nach unserer Heuristik handelt es sich um eine Minderheit von etwa 1,2 Prozent, die das (Über-)Leben vor allem derjenigen Klassen beeinträchtigt, die zum Klimawandel am wenigsten beitragen und die unter den Folgen der Erderhitzung am stärksten leiden. Nehmen wir als Beispiel das Geschäftsmodell der in Deutschland ansässigen Autohersteller. Vordergründig betrachtet erscheint ihre wirtschaftliche Lage rosig. Trotz Pandemie, gestörter Lieferketten und Ukraine-Krieg laufen die Geschäfte glänzend. Die Herbstmonate 2022 waren geradezu ein »Traumquartal«⁷. Gewinne machen die Endhersteller hauptsächlich mit hochpreisigen, spritfressenden oder energieintensiven Luxuslimousinen und SUVs, während das Geschäft mit kleineren Fahrzeugen in den Volumenmärkten stagniert. Da ab 2035 innerhalb der Europäischen Union (EU) nur noch emissionsfreie Neuwagen auf den Markt kommen sollen⁸, wächst der Veränderungsdruck. Doch auch mit der Umstellung auf batteriegetriebene Fahrzeuge soll sich am gewinnträchtigen Geschäftsmodell wenig ändern. Da das Marktsegment der Reichen und Superreichen aller Voraussicht nach weiter wachsen werde, sei es eine herausragende Leistung der deutschen Automo-

bilhersteller, in diesem Bereich die Spitzenposition zu besetzen. Das müsse auch für die Zukunft gelten, argumentiert das befragte Vorstandsmitglied eines großen Endherstellers im Interview.⁹ In der Konsequenz bedeutet dies, dass die gesamte PKW-Herstellung auf ein Geschäftsmodell gegründet wird, das sich durch chronische Nicht-Nachhaltigkeit auszeichnet.

Auf der gesellschaftlichen *Mesoebene* findet sich eine weitere Konfliktdynamik. Hier entscheidet bürokratische Kontrollmacht inner- wie außerhalb von Unternehmen, welche Deutungen des ökologischen Gesellschaftskonflikts sich durchsetzen. Im Bündnis mit Alter und Neuer Mittelklasse sind die kapitalistischen Eliten in der Lage, subalternen Klassenfraktionen ihre Interpretation des ökologischen Gesellschaftskonflikts qua ideologischer Kontrollmacht aufzuzwingen. Da auch die Mittelklassenperspektive häufig eine ist, die ökologische Nachhaltigkeit ohne soziale Gerechtigkeit denkt, stoßen entsprechende Deutungsschemata vor allem in der Konventionellen Arbeiterklasse und hier insbesondere in den Karbonbranchen auf Ablehnung.

Das ist einer der Gründe, weshalb sich die imaginäre Revolte einer radikalen Rechten, die den Klimawandel leugnet oder stark relativiert, mit ihrer fiktiven Aufwertung des Lebens »normaler« Arbeiter Gehör verschaffen kann. Man rebelliert gegen einen Modus ideologischer Beherrschung, der sich in unterschiedlichen Facetten in zahlreichen Segmenten der neuen Arbeitswelt findet. Nehmen wir den Logistik-Konzern Deutsche Post. Mit der Forderung nach einer 15-prozentigen Lohnerhöhung konfrontiert, argumentieren Standortleitungen, diese könnten nicht annähernd erfüllt werden, weil der Konzern großvolumig in die Ökologisierung seiner Fahrzeugflotte und seiner Transportwege investiere. Solche Herrschaftsstrategien steigern die Gefahr, dass sich die soziale und die ökologische Konfliktachse gegeneinander verselbständigen. In den Braunkohlerevieren ist das bereits Realität; im Wertschöpfungssystem Automobil, im Stahlbereich, der Chemieindustrie oder auch im Hamburger Hafen könnte Ähnliches geschehen.

Die Beispiele verweisen bereits auf eine Konfliktdimension, die auf der Mikroebene individueller Lebensführung angesiedelt ist. Angehörige der Konventionellen Arbeiterklasse nehmen sich selbst häufig als – mehrfach abgewertete – Statusgruppe wahr. Arbeiter wird man nur, wenn man muss, wer kann, »studiert oder geht ins Büro«, lautet ein in unseren Interviews häufig gehör-

tes Statement. Lebt man im Osten, auf dem Land und ist ein Mann mit traditionellem Partnerschaftskonzept, wird die Abwertung und öffentliche Nichtbeachtung der eigenen Lebensweise umso schmerzlicher erfahren.

Nehmen wir erneut ein Beispiel aus unseren laufenden Erhebungen in der Auto- und Zulieferindustrie. Auf die Frage, wie er die Klimabewegung einschätze, antwortet ein Arbeiter und angehender Vertrauensmann mit Zugehörigkeit zur Konventionellen Arbeiterklasse: »Als gefährlich!« Gefährlich, weil sie die dem Befragten eigene Vorstellung eines guten Lebens bedrohen. Der Arbeiter bezeichnet sich selbst als »Autonarr«. Er empfindet große Freude dabei, seinen PKW auf »weit über 220 km/h zu tunen«, um auf der Autobahn Teslas zu jagen, bis diese »mit überhitztem Motor von der Spur müssen«. Sein Hobby kann sich der Befragte leisten, weil er im Opel-Werk Eisenach arbeitet. Das heißt für einen Beschäftigten, der in Gotha lebt: um 3:20 Uhr aufstehen, damit pünktlich zur Frühschicht um 5:30 Uhr gearbeitet werden kann; die Arbeitstätigkeit erfolgt in 50-Sekunden-Takten. Die Arbeitszeit wird von zwei Neun-Minuten-Pausen und einer 23-Minuten-Mittagspause unterbrochen. Eine Stunde vor der Mittagspause »ist man platt«, erklärt der Bandarbeiter.

Warum macht der Befragte diese monotone, körperlich enorm belastende Arbeit? Er nennt drei Gründe – 3.800 Euro brutto, für Arbeiter in Thüringen ein Spitzenverdienst; Kolleginnen und Kollegen, die für ihn »wie eine Familie« sind und schließlich der Schutz durch einen Tarifvertrag und einen starken Betriebsrat – also aufgrund von Sozialeigentum, das im Osten der Republik alles andere als selbstverständlich ist. Die Zwänge des Arbeitslebens nimmt der Arbeiter in Kauf, um in seiner Freizeit, wie er sagt, wirklich frei zu sein. Wie er lebt, was er nach der Arbeit macht, will er sich unter keinen Umständen vorschreiben lassen. Und das schon gar nicht von Leuten mit privilegiertem Klassenstatus, die von »Bandarbeit nichts wissen«, sich aber moralisch überlegen fühlen. Das ist der Grund, weshalb der angehende Vertrauensmann die Klimabewegung und vor allem die grüne Partei als Gegner betrachtet.

Wie lassen sich mehrdimensionale Transformationskonflikte demokratisch bearbeiten? Allein Marktmechanismen und neue Technologie können die Probleme lösen, lautet der Tenor eines Solutionismus, der gegenwärtig den klimapolitischen Ton angibt. Hier ist analytische Skepsis mehr als angebracht. Ohne Marktmechanismen

und Technik pauschal als wirkungslos bezeichnen zu wollen, ist eines klar. Märkte und neueste Technik können einiges, soziale Spaltungen werden sie aus sich heraus aber nicht verringern. Es habe sich gezeigt, dass marktzentrierte Lösungen wie »Kohlenstoffsteuern einkommensschwache und emissionsarme Gruppen unverhältnismäßig stark belasten, während das Kohlenstoffpreissignal für hohe und reiche Emittenten möglicherweise zu niedrig ist, um Änderungen der Verbrauchs- (oder Investitions-)Muster bei wohlhabenden Personen zu bewirken«, konstatiert Lucas Chancel. Er hat recht. Zu glauben, alles könne so bleiben wie es ist, weil die gleichen Mechanismen – Märkte und technologische Innovationen – die den »Weg in die Klimahölle« gewiesen haben, nun die Dekarbonisierung entscheidend vorantreiben, ist eine folgenreiche Illusion. Auch die neuste Technik ist von Naturressourcen abhängig und beruht auf tiefen Eingriffen in Naturverhältnisse. Marktmechanismen allein können das nicht korrigieren und sie sind für soziale Nachhaltigkeitsziele blind.

III.

Wie kann eine Klimapolitik aussehen, die soziale Ungleichheiten verringert und so den Klimawandel wirkungsvoll bekämpft? Ich beantworte diese Frage im Sinne nicht des Wahrscheinlichen, sondern des real Möglichen, also, mit Ernst Bloch gesprochen, mit dem Hinweis auf den emanzipatorischen Überschuss konkreter Utopien. Nötig ist ein radikaler Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, der zugleich mit dem Irrglauben aufräumt, Veränderungen der individuellen Lebensführung – die auch nötig sind! – genügen, um dem Dekarbonisierungs-Gebot zu entsprechen.

Die Zentrale Idee hinter meinem Vorschlag lässt sich mit dem Grundsatz: »Besser statt mehr, für alle, nicht für wenige« auf den Punkt bringen.¹⁰ Grundsätzlich stellt sich die Frage, wie die Umstellung auf eine ressourcenschonende, kohlenstofffreie Produktion mit langlebigen Gütern und nachhaltigen Dienstleistungen bewerkstelligt werden kann. Zwingend nötig ist die Umstellung auf eine *nachhaltige Qualitätsproduktion*, die bedeutet, weniger, dafür aber höherwertige Güter herzustellen und zu konsumieren. Entsprechende Weichenstellungen sind ohne den Bruch mit Produktionsabläufen, die primär von Märkten und Konsumenten her konzipiert werden, nicht vorstellbar. Der Übergang zu nachhaltiger Qualitätsproduktion kann zudem nur gelingen, wenn die Erzeugnisse einer solchen Produktionsweise trotz höherer Preise auch noch von den untersten Ein-

kommensgruppen gekauft und konsumiert werden können. Ökologische Austerität, sprich: Verzichtsempfehlungen auch für untere Klassen wären für eine solche Politik geradezu kontraproduktiv. Was müsste stattdessen geschehen? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit benenne ich Bausteine des Fundaments nachhaltiger, klimafreundlicher Gesellschaften.¹¹

Transformatives Recht: Ein erster elementarer Schritt läuft, das mag überraschen, auf eine Umwälzung der Rechtsverhältnisse hinaus. Benötigt wird ein transformatives Recht, das die so dringend benötigte Nachhaltigkeitsrevolution vorantreibt. Dazu müssen ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele einen Verfassungsrang erhalten. Konkret: Sie müssen im Grundgesetz, in den Länderverfassungen und in der europäischen Grundrechtecharta verankert und mit wirksamen Sanktionsmöglichkeiten verbunden werden. Sie sollten Eingang auch in das Arbeitsrecht, in die Betriebs- und Unternehmensverfassungen, in Tarifverträge und in den Verbraucherschutz finden. Für eine Aufnahme von Nachhaltigkeitszielen ins Grundgesetz plädieren inzwischen selbst konservative Politiker wie Markus Söder. Entscheidend ist jedoch, *wie* eine solche Verankerung realisiert wird. Durch eine Aufnahme von Nachhaltigkeitszielen in Artikel 14 (2, 3) des Grundgesetzes würde die Sozialbindung des Eigentums erweitert. Wirtschaftsakteure, die das Nachhaltigkeitsgebot missachten, könnten als »Verfassungsfeinde« gebrandmarkt werden und hätten mit Enteignung, vor allem aber mit der Umverteilung und Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht zu rechnen. Es böte sich die Möglichkeit einer »legalen Erpressung« marktbeherrschender Unternehmen. Auf diese Weise entstünden Institutionen einer transformativen Demokratie. Ihre Einführung ließe bewusst Spielraum für die Erprobung nachhaltiger Wirtschaftsweisen.

Nachhaltige Eigentumsformen: Ein weiterer elementarer Baustein für die nächste Gesellschaft sind neue Eigentums- und Besitzverhältnisse vor allem in großen Unternehmen. Eigentumsverhältnisse und Verfügungsrechte, die einen natur- und gesellschaftszerstörenden Expansionismus fördern, taugen nicht als Konstitutionsprinzip des Zusammenlebens. Deshalb muss es im gesellschaftlichen »Stockwerk« der großen Kapitale zu einem Bruch mit dem expansionistischen Besitzprinzip kommen. Bruch bedeutet, dass Staatseigentum keine wirkliche Alternative zu privater Verfügung darstellt. Nachhaltige Gesellschaften benötigen Formen eines kollektiven Selbsteigen-

tums, das, obwohl in gemeinschaftlichem Besitz, persönliche Verantwortung nicht erstickt, sondern Kooperation und Solidarität nachhaltig fördert. Der Übergang zu solchen Eigentumsverhältnissen ließe sich verhältnismäßig leicht bewerkstelligen, wenn der politische Wille dazu vorhanden wäre. So könnten Staatshilfen für private Unternehmen mit Verfügungsrechten für Beschäftigte bezahlt werden, die von gesellschaftlichen Fonds verwaltet würden. Sobald dergleichen geschähe, würde die Sozialisierung von Entscheidungsmacht mittels Internalisierung von Sozialkosten, die die kapitalistische Produktionsweise verursacht, zu einem Prozess, der einer Revolution ohne einmaligen Akt der Machtergreifung gleichkäme. Große Unternehmen ließen sich auf diesem Wege in Mitarbeitergesellschaften verwandeln, in denen öffentliches Eigentum eine entscheidende Rolle zu spielen hätte. Eine Revolutionierung der Besitzverhältnisse im »Stockwerk« marktbeherrschender Konzerne erforderte zugleich eine Neuordnung der klein- und mittelbetrieblichen Sektoren. Unternehmen dieser unteren Ebene gesellschaftlicher Produktion dürfen keinesfalls enteignet werden. Nötig sind jedoch Anreize, um die Kooperation zwischen – konkurrierenden – Klein- und Mittelbetrieben zu stärken.

Wirtschaftsdemokratie: Sozial und ökologisch nachhaltige Eigentumsverhältnisse sind aber nur ein Mittel, um radikales Umsteuern zu ermöglichen. Nachhaltigkeit ist ohne umfassende Wirtschaftsdemokratie, die über einen unternehmensinternen Kollektivwillen hinausweist, nicht zu erreichen. Die Ausweitung der Mitbestimmung auf Investitionsentscheidungen von Unternehmen ist in diesem Zusammenhang ein überfälliger, aber keineswegs zureichender Schritt. Produktionsentscheidungen müssen für die demokratische Zivilgesellschaft geöffnet und an Nachhaltigkeitsziele rückgebunden werden. Nur dann gibt es überhaupt eine Chance, den Markterweiterungszwang und Wachstumsdrang, der den Klimawandel anheizt, gesellschaftlich zu überwinden. Konkret heißt das: Die Zivilgesellschaften haben in demokratischer Weise direkt darauf Einfluss zu nehmen, was, wie und zu welchem Zweck produziert und reproduziert wird. Es geht um eine Umverteilung von Entscheidungsmacht zugunsten der gegenwärtig ohnmächtigen Mehrheiten, denn ohne solch tiefgreifende Eingriffe in die bestehende Wirtschaftsordnung wird sich Nachhaltigkeit weder in der ökologischen noch in der sozialen Dimension realisieren lassen. Eine radikale Demokratisierung von Produktionsentscheidungen verbessert die Chancen, auf eine Produktion mit langlebigen Gütern umzustellen, nur

dann, wenn alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen an Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Die Einrichtung von Transformations- und Nachhaltigkeitsräten könnte das vorantreiben. Über Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften hinaus wären diese mit Repräsentanten von Umweltverbänden, ökologischen Bewegungen, Fraueninitiativen, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen zu besetzen. Zu den Aufgaben solcher Räte würde es gehören, die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen zu überwachen, die Produktion langlebiger Güter einzufordern und neue Formen eines kollektiven Selbst Eigentums in Genossenschaften und Sozialunternehmen zu erproben. Die Herstellung von Transparenz bei Einkommen und Arbeitsbedingungen, mit deren Hilfe Druck in Richtung fairer Löhne und sinnvoller, nachhaltiger Arbeit erzeugt werden könnte, wäre eine zusätzliche Aufgabe.

Demokratisches Rückverteilen: Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird die Realisierung ökologischer Nachhaltigkeitsziele zumindest kurzfristig die Preise für Agrarprodukte, Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs in die Höhe treiben. Schon deshalb sind ökologisch motivierte Verzichtsapelle, die zur Mäßigung bei Löhnen und Einkommen mahnen, geeignet, die Angehörigen der von Löhnen abhängigen Klassen in die ausgebreiteten Arme der ökologischen Gegenrevolution zu treiben. Sozial und ökologisch nachhaltig ist das genaue Gegenteil. Löhne und Einkommen eines Großteils der abhängig Beschäftigten und ihrer Haushalte müssen – zumal unter Inflationsbedingungen – steigen, damit Güter zu fairen Preisen wie Lebensmittel aus ökologischem Anbau für große Mehrheiten überhaupt erschwinglich werden. Gute, ökologisch nachhaltige Arbeitsbedingungen entlang von Wertschöpfungsketten und nicht zuletzt in den Ländern des globalen Südens sind leichter durchzusetzen, wenn Schmutzkonzurrenz aus dem Norden etwa durch wirksame Lieferkettengesetze und vor allem durch eine Stärkung sozialer Rechte und gewerkschaftlicher Organisationsmacht unterbunden wird. Anzuvisieren sind deshalb national wie international Löhne oder Einkommensäquivalente für ein gutes Leben, die deutlich oberhalb der jeweiligen länderspezifischen Niedriglohngrenze liegen.

Intelligente Planung: Substanzielle Gleichheit und ökologische Nachhaltigkeit benötigen demokratische Planung, die dekarbonisierte, ressourcenschonende Wirtschaftsstile fördert. Nachhaltig zu regulieren impliziert eine makroökonomische Verteilungsplanung, die, anders als im Staatssozialismus, auf detaillierte Produktionsvorgaben

verzichtet, aber doch Einfluss auf die Wirtschaftspolitik und die Unternehmensstrategien nimmt. Die Verteilungsplanung kann in demokratisch zusammengesetzten Planungskommissionen stattfinden, die aber höchst transparent und daher grundlegend anders arbeiten müssen als in den staatsbürokratischen Sozialismen des 20. Jahrhunderts. Denkbar sind Planvarianten, die der Bevölkerung periodisch zur Abstimmung vorgelegt werden. Planvorschläge können Nachhaltigkeitsziele unterschiedlich gewichten und differierende Korridore für die Zielerreichung definieren. Die jeweils beschlossene Variante setzt wie bei kommunalen Bürgerhaushalten Präferenzen bei den öffentlichen Ausgaben; die Planvarianten würden aber auch die Einnahmeseite und damit die Steuerpolitik einbeziehen. Verbindlich wären Gesellschaftspläne für Regierungen, jedoch nicht für einzelne Betriebe oder Unternehmen. Innerhalb wie außerhalb von Wirtschaftsorganisationen müsste diese Rahmenplanung mit transparenten, demokratischen Entscheidungsstrukturen verbunden werden.

Soziale Infrastruktur: Ein weiterer zentraler Baustein für das Fundament nachhaltiger Gesellschaften ist eine zureichend finanzierte soziale Infrastruktur, die Gesundheit, Pflege, Erziehung, Bildung und Mobilität zu öffentlichen, für alle zugänglichen Gütern macht. Der Post-Corona-Diskurs hat entdeckt, was feministische Debatten um die Krise sozialer Reproduktion seit Jahren thematisieren. Pflegende, sorgende, erziehende und bildende Tätigkeiten sind ebenso unterbezahlt wie Jobs in der Logistik oder dem Verkehrswesen. Sie werden häufig in prekärer Beschäftigung ausgeübt, als Frauenarbeit abgewertet und sind in der gesellschaftlichen Anerkennungspyramide weit unten platziert. Solch festgefahrene Strukturen lassen sich wohl nur mit Hilfe einer Care-Revolution¹² aufbrechen, die als unabdingbarer Bestandteil einer Nachhaltigkeitswende ebenfalls schon lange überfällig ist. Gesellschaften funktionieren am besten mit einer gut ausgebauten sozialen Infrastruktur, die allen zur Verfügung steht – nicht nur im eigenen Land, sondern überall in Europa und auf der Welt. Für eine soziale Infrastruktur, die Basisgüter bereitstellt, zu streiten, ist daher eines der wichtigsten Projekte, um Weichenstellungen in Richtung von nachhaltigen Gesellschaften zu ermöglichen.

IV.

Wie lässt sich utopischer Überschuss in, sagen wir: revolutionäre Realpolitik überführen? Meine Antwort: Mit Hilfe praktischer Schritte hin zu

einem ökologischen Wohlfahrtsstaat. Die Vision eines ökologischen Wohlfahrtsstaates definiert ein Übergangprojekt, das auch für soziale Gruppen und Klassenfraktionen attraktiv ist, die einem nachhaltigen Sozialismus mit Skepsis begegnen. Praktische Schritte in Richtung dieses Projekts benötigen Allianzen für eine demokratische Klimapolitik »von unten«, wie sie sich etwa im Bündnis von ver.di und Klimabewegungen im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs andeuten. Das Beispiel verweist auf fünf Prinzipien, die eine demokratische Klimapolitik »von unten« berücksichtigen muss:

Erstens: Die Bündnispartner sind gut beraten, das Trennende zurückzustellen und das Gemeinsame zu betonen. Ein solches Herangehen erfordert einen *labour turn*¹³ in den ökologischen Bewegungen, aber eben auch einen *climate turn* in den Gewerkschaften und bei anderen arbeitsorientierten Akteuren. Die Tarifrunden im ÖPNV zeigen, was das im Konkreten bedeutet. Klimaaktive beginnen, sich für die Arbeits- und Lebensbedingungen von Busfahrern zu interessieren. Lernfähigkeit lässt sich aber auch auf Seiten der gewerkschaftlichen Akteure feststellen. Umgekehrt sind aber seitens der Gewerkschaften und in den Belegschaften Lernprozesse nötig, die dazu führen, die Klimaaktiven nicht alle über einen Kamm zu scheren, sondern in ihnen Verbündete zu erkennen.

Zweitens: Grundlegend ist die Einsicht, dass soziale und ökologische Nachhaltigkeit nur zusammengedacht werden können. Unter Inflationsbedingungen heißt das: Unterstützung der gewerkschaftlichen Lohn- und Gehaltsforderungen von mehr als zehn Prozent trotz teilweise leerer öffentlicher Kassen. Steigen die Preise für Heizung, Strom, Mobilität, Mieten und Nahrungsmittel, wird der frei verfügbare Einkommensanteil in den unteren Klassen immer geringer. Selbst im Falle von Doppelverdiener-Haushalten führen steigende Preise für Grundbedarfe zu erheblichen finanziellen Belastungen.¹⁴ Auf die zweite Urlaubsreise lässt sich leicht verzichten, schwerer fällt Verzicht, wenn das Einkommen nicht einmal für einen Jahresurlaub reicht.

Drittens: Den ÖPNV als Teil eines nachhaltigen Mobilitätssystems zu denken, das auf weniger Individualverkehr beruht, bedeutet auch, eine nachhaltige Finanzierung zu verlangen – etwa durch eine Transformationsabgabe der Reichen und Superreichen. Grundsätzlich muss gelten: Je größer der Klimafußabdruck, desto umfangreicher

muss auch die Beteiligung an den Kosten ausfallen, die der anthropogene Klimawandel verursacht.

Viertens: Der nötige Umbau läuft auf eine Rückbindung von Produktions- und Investitionsentscheidungen an gesellschaftliche Bedarfe hinaus. Das heißt: Schrumpfung der Rentenökonomie (Finanzsektor), radikaler Umbau vor allem des industriellen Exportsektors sowie Stärkung der Nahversorgung, der unmittelbaren wie auch der erweiterten Daseinsvorsorge. Dieser Umbau schafft und erfordert jede Menge Arbeit. Reduktion der Arbeits- und Produktmenge um etwa die Hälfte¹⁵ ist deshalb keine Alternative, eine nachhaltige Arbeitszeitverkürzung – etwa der Übergang zu einer Vier-Tage-Woche – aber schon.

Fünftens: Ein ökologischer Wohlfahrtsstaat muss im 21. Jahrhundert ein Inter-Nationalstaat sein. Nehmen wir das Beispiel einer grünen Wasserstoffwirtschaft, die eine Alternative zu fossiler Energie böte. Man kann eine Wasserstoffwirtschaft so aufbauen, dass sie neo-koloniale Abhängigkeiten fortführt oder gar vertieft; selbiges liefe dann auf eine Art postfossilen Extraktivismus hinaus. Möglich wäre aber auch, die Produktion von grünem Wasserstoff im südlichen Chile, in Portugal, Mauretanien, Namibia und Südafrika kooperativ zu gestalten, das heißt Energie zuerst für die herstellende Region zu produzieren und die Handelsbeziehungen so zu justieren, dass sie auf fairen Preisen beruhen und den produzierenden Staaten des globalen Südens eine wirkliche Entwicklungsperspektive bieten. Um es klar zu sagen: Die Länder des globalen Südens sind nicht auf Almosen angewiesen. Sie haben wegen der kolonialen Erblast jedes Recht auf eine Transformationsabgabe der reichen Staaten. Würde man beispielsweise Hunderte Millionen Menschen aus extremer Armut »befreien, würden die globalen CO₂-Emissionen [...] nicht einmal um 1 Prozent steigen. Dieser Anstieg könnte an anderer Stelle leicht ausgeglichen werden.«¹⁶ Und die nachhaltige Bekämpfung von Armut wäre allemal kostengünstiger als die Abfederung ihrer katastrophalen sozialen Folgen.

Ist das alles realistisch? Ich antworte mit dem Soziologen und Weltsystemtheoretiker Immanuel Wallerstein, Dieser schreibt über Systeme im Niedergang: »Die letzte Phase, die Übergangsphase, ist besonders unvorhersehbar, aber sie ist besonders offen für den Input von Einzelnen und von Gruppen, was ich als Zuwachs des Faktors des freien Willens bezeichnet habe. Wenn wir unsere Gelegenheit nutzen wollen [...], müssen wir zuerst die Gelegenheit als das erkennen, was

sie ist und worin sie besteht.«¹⁷ Noch sind die Gelegenheiten für radikales klimapolitisches Umsteuern da, es kommt darauf an, sie zu nutzen.

Anmerkungen:

¹ Guterres, Antonio, »Wir kämpfen den Kampf unseres Lebens«, in: tagesschau.de, 07.11.2022.

² Dahrendorf, Ralf (1957): *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft*, Stuttgart, S. VIII f.

³ *Sozialeigentum ist nach Robert Castel eine Eigentumsform, die Lohnabhängigen in Gestalt sozialer Rechte, tariflicher Normen und Mitbestimmungsmöglichkeiten etwas ermöglicht, was zuvor ausschließlich an privaten Besitz gekoppelt war – die Chance zu einer längerfristigen Lebensplanung.*

⁴ *BiBB ist das Kürzel für das Bundesinstitut für Berufsbildung, das gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) eine große Erhebung durchgeführt hat, die wir für eine Sekundäranalyse genutzt haben.*

⁵ *Die nicht Erwerbstätigen bilden keine eigene Klasse, sondern einen Querschnitt, der sich sozial nicht eindeutig verorten lässt.*

⁶ Castel, Robert (2011): *Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums*, Hamburg, S. 136.

⁷ *Beim operativen Gewinn lag Mercedes-Benz mit rund 5,2 Milliarden Euro weltweit an der Spitze, gefolgt von Volkswagen mit 4,3 Milliarden Euro; BMW rangierte mit 3,7 Milliarden Euro auf Rang fünf.*
<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/autobauer-rekordgewinne-tesla-marge-umsatz-gewinn-premium-luxus-rabatte-101.html>.

⁸ <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/fit-for-55-emissions-cars-and-vans/>

⁹ *Eigene Forschungen im Rahmen eines Teilprojekts des DFG-Sonderforschungsbereichs »Strukturwandel des Eigentums«.*

¹⁰ Franzini, Luzian/Herzog, Roland/Rutz, Simon/Ryser, Franziska/Ziltener, Kathrin/Zwicky, Pascal (Hrsg.) (2021): *Postwachstum? Aktuelle Auseinandersetzungen um einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel*, Denknetz-Jahrbuch, Zürich.

¹¹ *Der Bauplan für – wie ich sie nenne – nachhaltige, demokratisch-sozialistische Gesellschaften findet sich in einer ausführlichen Fassung in: Dörre, Klaus (2022): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, 2., erweiterte Auflage, Berlin, hier insbesondere die Kapitel VI bis IX.*

¹² Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*, Bielefeld.

¹³ *Dazu frühzeitig: Pye, Oliver (2017): Für einen labour turn in der Umweltbewegung. Umkämpfte Naturverhältnisse und Strategien sozial-ökologischer Transformation, in: PROKLA. Heft 189, 47. Jg. 2017, Nr. 4, S. 517 – 534.*

¹⁴ *Geringe gesellschaftliche Akzeptanz der Maßnahmen oder gar sozialer Protest sind dann vorprogrammiert. Die Gelbwestenproteste in Frankreich, aber auch Wählerstimmen für rechtsradikale Klimaleugner zeigen, was geschehen kann, wenn Marktmechanismen und Krisenfolgen das Problem der Klimagerechtigkeit eskalieren lassen. In der Schweiz, die bereits über eine CO₂-Steuer samt Sozialausgleich verfügt, scheiterte im Juni 2021 eine Volksabstimmung zu einer CO₂-Gesetzesvorlage, die den Emissionshandel stärken wollte und von der Regierung, dem Parlament sowie dem Gros der Umweltverbände befürwortet wurde. Der Gesetzentwurf stieß bei einer knappen Mehrheit der Bevölkerung auf Ablehnung, weil die soziale Gerechtigkeitsproblematik unterschätzt wurde. Vgl.: Ringger, Beat (2021): Nicht für Elon Musk. Fürs Volk. Klimapolitik nach dem Nein zum CO₂-Gesetz, Denknetz-Working-Paper.*

¹⁵ Hermann, Ulrike (2022): *Das Ende des Kapitalismus*, Köln.

¹⁶ Dixon-Declève, Sandrine et al. (2022): *Earth for All. Ein Survivalguide für unseren Planeten*, München, S. 81.

¹⁷ Wallerstein, Immanuel (2002): *Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts*, Wien, S. 101. 

Arbeitsgruppe 1: Wohnen in Zeiten von Energie- und Klimakrise

Dr. Rolf Bosse

Die Arbeitsgruppe beleuchtete im Schwerpunkt die Situation von Mieter:innen, die in prekären Verhältnissen leben. Diese treffen die Auswirkungen des geringen Wohnungsangebots sowie der steigenden Energie- und sonstigen Lebenshaltungskosten besonders hart, da sie bereits vor den Entwicklungen, die der Angriff Russlands auf die Ukraine ausgelöst hat, an der Grenze ihrer finanziellen Belastbarkeit standen. Beispielhaft wurde die Lage auf der Veddel beschrieben, wo die Poliklinik als Stadtteil-Gesundheitszentrum Versorgungsangebote macht. Diese umfassen nicht nur den Bereich Gesundheit, sondern auch Bildung, Teilhabe und Wohnen. Übereinstimmung herrschte, dass sowohl dort wie auch in anderen Stadtteilen gerade die vulnerable Gruppe der wirtschaftlich schwachen Bevölkerung viel zu sehr mit der Bewältigung ihrer Gegenwartsprobleme beschäftigt ist, als sich Gedanken zu machen oder gar Vorkehrungen zu treffen für die Herausforderungen, die in der Zukunft auf sie zukommen. Konkret können keine Rücklagen gebildet werden für die zu erwartenden Steigerungen der Heizkosten, können Mieterhöhungen nach energetischen Sanierungen nicht bezahlt werden und können oftmals auch mangels Angeboten keine für die Haushaltsgrößen geeigneten Wohnungen angemietet werden.

Dabei werden die finanziellen Anforderungen in den nächsten Jahren zunehmen: Damit der Klimawandel verlangsamt und reduziert wird, hat sich Hamburg auf den Weg gemacht, den Ausstoß von CO₂ zu reduzieren. Laut Hamburger Klimaplan ist das erste Etappenziel das Jahr 2030. Dann sollen die CO₂-Emissionen um 55 % gegenüber dem Basisjahr 1990 gesenkt sein. Spätestens bis 2050, besser bis 2045, strebt die Stadt eine Emissionsminderung von mindestens 95 % an, um Klimaneutralität zu erreichen.

Für den Wohngebäudesektor bedeutet dies, dass die Gebäude energetisch modernisiert und mit Heizungssystemen ausgestattet werden, die wenig oder kein CO₂ freisetzen.

Damit kommen durch jede Maßnahme am Gebäude erhebliche Kosten auf die Eigentümer der Immobilien zu. Diese sehen sich ohnehin in einer erheblich verschlechterten Marktlage. Nach Jahren niedriger Zinsen und steigender Immobilienpreise ist nun aufgrund des Zinsanstiegs für viele Menschen die Bildung von Wohneigentum un-

möglich geworden. Wer eine Anschlussfinanzierung braucht, muss deutlich tiefer in die Tasche greifen. Regularien bei der Kreditvergabe sorgen dafür, dass energetisch schlechte Gebäude noch schwieriger, bald womöglich gar nicht mehr finanziert werden können. Makler verzeichnen folgerichtig einen erheblichen Rückgang der Verkäufe. Erwartungen an den Erlös müssen gesenkt werden. Das ist kein geeignetes Klima für massive Investitionen. Naheliegender, dass vermietende Eigentümer ein Interesse daran haben, die Kosten energetischer Maßnahmen auf die Miete umzulegen.

Entsprechend entwickelt sich die Diskussion um die Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG). Im aktuellen Entwurf sollen Kosten für Heizanlagen als besondere Form der energetischen Modernisierung in Höhe von 10 % der Gesamtkosten auf die Jahresmiete umgelegt werden können. Andere Modernisierungskosten dürfen lediglich in Höhe von 8 % umgelegt werden. Immerhin sieht das GEG eine Grenze von 0,50 €/m² bei Mieterhöhungen vor, die allerdings bei parallel durchgeführten weiteren Maßnahmen um bis zu 3,00 €/m² ergänzt werden darf. Die Gefahr, insbesondere Menschen mit geringen Einkommen finanziell zu überfordern ist groß.

Demgemäß richtete sich der Appell an alle Teilnehmenden, sich für effektiven Schutz dieser Menschen einzusetzen, damit sich ihre Situation bessert, anstatt sich weiter zu verschlechtern. Denn der Klimawandel macht umfassende Investitionen in Energiewende und energetische Gebäudesanierung erforderlich, deren Kosten zu großen Teilen über die Mieten gedeckt werden sollen.

Was insbesondere erforderlich ist, sind Härtefallregelungen, um Mieterhöhungen abzuwenden bei entsprechend geringem Haushaltseinkommen. Bisher ist ein solcher Härteeinwand überhaupt nur möglich, wenn der Vermieter die Maßnahmen auf eigenen Entschluss durchführen lässt. Wird eine gesetzliche Vorgabe umgesetzt, können Mieter:innen sich nicht auf Härtegründe berufen. Dies muss dringend geändert werden. Bei jedweder Mieterhöhung nach Modernisierungsmaßnahmen muss ein Härtefalleinwand möglich sein.

Ein anderer, ebenso wichtiger Punkt ist der Zugang zu Wohnraum an sich. Die extrem ange-

spannte Lage auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt insbesondere Menschen mit geringem Einkommen und zugleich mit Migrationshintergrund. Wie eng es auf dem Wohnungsmarkt zugeht, zeigen die Zahlen: Zum Stichtag 30.06.2022 gab es in Hamburg insgesamt 12.318 unversorgt vordringlich wohnungssuchende Haushalte. Das sind Menschen, die eine amtliche Bescheinigung darüber haben, dass sie dringend sofort eine Wohnung brauchen. Tausende ukrainische Geflüchtete leben in Zelten. Hinzu kommen diejenigen, die zwar eine Wohnung haben, aber völlig beengt leben und deswegen auf Wohnungssuche sind. Es dürfte sich um über 50.000 Menschen handeln. Sie leben mit ihren Familien zu fünft in Zweizimmerwohnungen, zu sechst in Dreizimmerwohnungen. Der Neubau stockt, trotz aller Bemühungen des Senats im Bündnis für das Wohnen, die für Hamburg erforderliche Zahl an Neubauwohnungen zu organisieren. In den »guten« Jahren zwischen 2011 und 2021 kam es durch die Bemühungen des Bündnisses zwar zu einem Anstieg der bis dahin geringen Fertigstellungszahlen, das hat aber nicht gereicht. Insbesondere im öffentlich geförderten Segment fehlen Wohnungen, von gut 300.000 sank deren Zahl in Hamburg auf nunmehr unter 80.000. Es liegt auf der Hand, dass angesichts dieser Verhältnisse Vermieter:innen dazu neigen, Interessent:innen aus prekären Verhältnissen zugunsten solcher in »soliden« Verhältnissen zu diskriminieren.

Das Thema Wohnen und Migration gehört damit zu den drängenden Fragen, auf die die Gesellschaft Antworten finden muss. Denn wir können es uns angesichts der demographischen Situation, dem zunehmenden Arbeits- und Fachkräftemangel nicht leisten, ganze Bevölkerungsgruppen abzuhängen. Gesunde Wohnverhältnisse sind eine zentrale Voraussetzung für Bildung und Teilhabe. Eine florierende und starke Wirtschaft basiert auf einer starken Stadtgesellschaft mit soliden sozialen Strukturen.

Unter dem Schlagwort Umverteilung wurde weiterhin unter anderem das Problem des sehr unterschiedlichen Flächenverbrauchs diskutiert. Diejenigen, die sich große Wohnflächen leisten können, tun dies in den Ballungsräumen zulasten derjenigen, die sich diese nicht leisten können, aber zugleich umso mehr brauchen würden. Ist es gesellschaftlich vielleicht sogar geboten, Verzicht und Reduktion zu üben? Eine Grundan-

nahme lautete, dass zum Beispiel ältere Menschen, deren Kinder ausgezogen sind, auf mehr Fläche leben, als sie eigentlich bräuchten. Nun garantiert unser Grundgesetz Privatautonomie und die Entscheidung, wie und in welchen Verhältnissen Menschen wohnen möchten, liegt bei diesen selbst. Und warum sollte jemand umziehen, solange die Wohnung (gerade noch) leistungsfähig ist? Nicht nur wäre ein Ortswechsel mit einer Umgewöhnung verbunden, die Stress bedeutet, zudem müsste die Person sich von vielen Gegenständen und Möbeln trennen, an die die Erinnerungen eines ganzen Lebens geknüpft sind. Ein schmerzhafter Prozess. Es erscheint folgerichtig, dass laut einer Umfrage aus dem Jahr 2014 40 Prozent der Befragten das Kinderzimmer nach Auszug des Kindes in ein Gästezimmer umwandeln würden und weitere 40 Prozent in ein Arbeitszimmer. Ein Prozent würde untervermieten. Aber niemand kam auf die Idee, in eine kleinere Wohnung umzuziehen.

Und so kommt es immer wieder vor, dass der Umzug in eine barrierefreie Wohnung mit Hilfsangeboten erst erfolgt, wenn der Mensch die Treppen oder das Leben alleine nicht mehr bewältigen kann. Dann ist es oft zu spät, noch wirklich in einer neuen Umgebung Fuß zu fassen. Die frühzeitige Anpassung des Wohnraums an den eigenen Bedarf ist aus diesem Gesichtspunkt keine Strafe, sondern Zutat für gute Bedingungen im nächsten Lebensabschnitt.

Unzureichender Wohnraum, zu hohe Lebenshaltungskosten und Perspektivlosigkeit im Hinblick auf eine Besserung der bestehenden Verhältnisse gefährden den sozialen Frieden und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Hier regt sich zunehmend Widerstand. Um gehört zu werden, werden Proteste mittlerweile auch in wohlhabenden Stadtteile getragen. Es ist an der Zeit, sie zu hören, bevor Populisten und Demagogen mit ihren Heilsversprechen weiteren Nutzen aus der Not der Bevölkerung ziehen können. Besinnen wir uns auf unsere Stärken und setzen wir sie ein in einer solidarischen Gesellschaft. **D**

Neben Dr. Rolf Bosse lieferte auch Tina Röthig, Poliklinik Veddel, einen inhaltlichen Impuls zur Arbeitsgruppe 1.

Arbeitsgruppe 2: Klimawandel – Herausforderungen für die Arbeit im Stadtteil

Prof. Dr. Tilman Lutz und Dr. Anne Vogelpohl

Welche Rolle spielen die globale Herausforderung des Klimawandels und daraus folgende, notwendige Anpassungen für die Arbeit im Stadtteil? Und wie hängen diese Verhältnisse mit Armut in einer Stadt wie Hamburg zusammen? In der Hansestadt ist jede fünfte Person arm bzw. »armutsgefährdet«, unter den Ein-Eltern-Familien fast die Hälfte (46,2%), knapp ein Viertel der Kinder wächst in Armut auf¹. Die Klimabilanz armer Haushalte hingegen ist besser, da der so genannte ›untere Rand‹ der Gesellschaft qua Lebenslage und eingeschränktem Konsum deutlich weniger zum Klimawandel beiträgt. Von dessen konkreten Auswirkungen sind Menschen in Armut jedoch genauso betroffen – und sie haben weniger Ressourcen, um sich an die veränderten Bedingungen anzupassen. Die Relevanz und die Schutzaufgaben sind auch mit Blick auf den Klimawandel in der Gesellschaft ungleich verteilt – nicht nur global betrachtet, sondern auch innerhalb von Städten.

Mit Blick auf einen Stadtstaat wie Hamburg stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, wie die beiden Herausforderungen – Armut und Klimawandel – auf der Ebene der Bezirke, Stadtteile und Quartiere integriert aufgenommen und bearbeitet werden können – oder ob sie einander vielmehr entgegenstehen oder sogar das eine das andere verdeckt. Mit den beiden Referentinnen wurden sehr konkret die aktuellen Programme und Programmatiken in Hamburg fokussiert.

Ein zentrales Programm, benachteiligte Quartiere zu unterstützen, in denen besonders viele Menschen in Armut wohnen, ist das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung RISE. In diesem Programm sind inzwischen Klimaschutz und Klimaanpassung als Querschnittsaufgabe definiert. Wie kann das gelingen, und welche Hürden und Stolpersteine zeigen sich in der konkreten Arbeit? Dazu berichtete die Expertin für soziale Stadtentwicklung Martina Stahl von der Lawaetz-Stiftung: »In dem Rahmenprogramm integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) ist der Klimawandel ein wichtiges neues Handlungsfeld.« Alle Projekte sollen unter der Überschrift Klimaschutz und -anpassung entwickelt und umgesetzt werden. Starke Partner:innen seien dabei die Wohnungsunternehmen und die Bezirke, die im Wohnumfeld bzw. im öffentlichen Raum Maß-

nahmen umsetzen, wie z.B. die Förderung der Artenvielfalt im urbanen Raum, Regenwasseranpassung, Entsiegelung von Flächen. »Insgesamt wird bei allen Akteuren im Gebiet (Profis wie Bewohnende) eine große Sensibilität für dieses Thema erzeugt«, resümierte Stahl. Andere Maßnahmen, die umgesetzt werden, seien zum Beispiel Aktionstage oder Klimawochen mit Angeboten wie Fahrradreparatur, Informationsstände von Energielotsen, Flohmärkte, Mobilitätsangebote, Klimaanpassung für die Wohnungen und Häuser.

Die Expertin für Stadtentwicklung verwies ferner darauf, dass in Hamburg Menschen mit geringem Einkommen beim Kauf energiesparender Elektrogeräte mit Gutscheinen der Energielotsen unterstützt würden. In anderen Bundesländern würden die Kosten allerdings komplett übernommen. »Auch wenn städtebauliche Programme nicht die individuelle Einkommenssituation verändern, setzen sie an der Verbesserung der Lebensbedingungen insgesamt im Quartier an und dafür ist das Handlungsfeld Klimaschutz sehr wichtig«, so Stahl.

In Hamburg hat inzwischen jeder Bezirk ein Klima-Team, um den Klimaplan der Hansestadt auf Bezirksebene zu begleiten und umzusetzen. Wie sieht aber dessen Konkretisierung aus und wie gelingt der Dialog auf der Stadtteils- und Quartiersebene? »Die Hamburger Bezirksämter gestalten den Klimaschutz mit der Umsetzung eigener bezirklicher Klimaschutzkonzepte mit«, stellte Solveig Schröder fest, die im Bezirksamt Nord die Stabsstelle Klimaschutz leitet. »Die Konzepte orientieren sich am gesamtstädtischen Hamburger Klimaplan, der verschiedene Handlungsbereiche wie bspw. Mobilitätswende und Wärmewende beinhaltet.« Das Konzept des Bezirksamtes Hamburg-Nord ginge zudem auf die Themen klimafreundliche Stadtentwicklung und Akteure im Klimaschutz ein. Alle genannten Themen spielten auch für die soziale Frage im Klimaschutz eine Rolle.

»Das Quartier ist der ›Raum‹, in dem die Menschen wohnen, sich täglich bewegen und begehen. Quartiere sind somit die lokalen Einheiten, auf die größere Klimaschutzziele herunter gebrochen werden. Innerhalb der Bezirke kommt dem Klimaschutz auf Quartiersebene eine große Be-

deutung zu, da hier oftmals die Erprobung und konkrete Umsetzung der Ideen und Lösungen stattfindet«, betonte Schröder. Dies sei vor allem im öffentlichen Raum sichtbar. Beispiel: Förderung des Fußverkehrs. Zu Fuß gehen ist nicht mit Kosten verbunden und somit für alle Menschen ohne körperliche Einschränkungen unabhängig vom Einkommen möglich und verfügbar. Derzeit sind viele Quartiere aber noch autogerecht gestaltet und parkende Autos beanspruchen viel Platz im öffentlichen Raum. »Eine barrierearme und sichere Wegegestaltung für den Fußverkehr und die Schaffung von mehr Freiraum mit Aufenthaltsqualität ist daher nicht nur inklusiv, sondern auch sozial gerecht«, lautete Schröders Schlussfolgerung.

Zudem dienten u.a. die sozio-kulturellen Einrichtungen vor Ort als wichtige Multiplikator:innen und Begegnungsstätten, in deren Kontext das Thema Klimaschutz integriert werden kann. Sie seien auch wichtige Partner:innen für die Umsetzung bezirklicher Klimaschutzmaßnahmen auf Quartiersebene, z.B. mit gemeinsamen Informations- und Aktionstagen zum Thema Energie- und Kosteneinsparung. »Die Menschen im Quartier können somit Adressat:innen und gleichzeitig Gestalter:innen der Klimaschutz-Maßnahmen sein. Ziel ist es, gemeinsam mit ihnen ein zukunftsfähiges, klimafreundliches Quartier zu schaffen, das für alle Bewohner:innen unabhängig der Einkommensstufe lebenswert ist«, fasste Schröder weiter zusammen.

Die Referent:innen konnten mit diesen Ausführungen nicht nur Einblicke in ihre Arbeitsfelder und den ihnen dort begegnenden Herausforderungen geben; sie konnten auch ganz konkrete Möglichkeiten einer sozialen und klimagerechten Arbeit im Stadtteil aufzeigen. Dass dabei dennoch mehr Fragen und (An-)Forderungen entstanden sind und aufgeworfen wurden als konkrete Lösungsmöglichkeiten, war wenig überraschend. Die Komplexität liegt auch darin begründet, dass Klimaschutz und Klimaanpassung als notwendige Reaktionen auf den Klimawandel einerseits über die Bezirks-, Stadtteil- oder Gebietsebene zur Aufgabe im Alltag jeder:s Einzelnen gemacht wird – und werden kann. Eine wesentliche Unterstützung sind hier gute Informationen und Beispiele.

Andererseits bergen quartiersbezogene Ansätze die Gefahr der bloßen Individualisierung bzw. Regionalisierung von Verantwortung. Dies könnte sogar eine soziale Spaltung eher reproduzieren oder sogar verschärfen statt abzumildern. Insofern dürfen – so auch ein Ergebnis der Diskussion – die Fragen, wo Verantwortung auf lokaler Ebene endet und was strukturell und politisch auf Landes- und Bundesebene beantwortet und bearbeitet werden muss, nicht an den Rand gedrängt werden.

Anmerkung:

¹ Vgl. *Diakonie Hamburg | Daten, Fakten und Fragen zur Armut in Hamburg* (diakonie-hamburg.de), Zugriff am 15. Mai 2023.



Arbeitsgruppe 3: »Elitenprojekt« Klimaschutz? – Wahrnehmung und politische Gegenstrategien

Teil 1: Ergebnisse aus der Studie Umweltbewusstsein in Deutschland und weiteren sozialwissenschaftlichen Studien

Dr. Angelika Gellrich und Michael Schipperges¹

Wer ist dem Klimaschutz gegenüber ablehnend oder skeptisch eingestellt?

In repräsentativen Bevölkerungsbefragungen ermitteln das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt seit 1996 alle zwei Jahre, wie es um das Umweltbewusstsein und das Umweltverhalten der Menschen in Deutschland steht und wie sie sich entwickeln.

Für die Studie »Umweltbewusstsein in Deutschland 2020« (BMUV & UBA 2022) wurden im November und Dezember 2020 2.115 Personen ab 14 Jahren im Rahmen einer Online-Umfrage mit dem infas-Dual-Frame-Panel befragt. Der inhaltliche Schwerpunkt lag bei den Themen Klimaschutz und sozial-ökologische Transformation.

Für das Thema des Beitrags von besonderem Interesse dürften die Ergebnisse einer vertiefenden Analyse der Befragungsdaten sein, bei der mittels multivariater und insbesondere clusteranalytischer Verfahren sechs unterschiedliche Umweltbewusstseinstypen herausgearbeitet wurden (Stieß et al. 2022).²

Diese werden in der Studie wie folgt benannt (in Klammern steht jeweils ihr Anteil an der bevölkerungsrepräsentativen Stichprobe): die »Ablehnenden« (8%), die »Skeptischen« (18%), die »Unentschlossenen« (22%), die »Aufgeschlossenen«

(25%), die »Orientierten« (13%) und die »Konsequenzen« (14%).

Bei Betrachtung der soziodemografischen Profile der sechs Typen fällt auf, dass diese keineswegs als homogene Gruppen zu anzusehen sind. Vielmehr ist es so, dass »hohe und niedrige Umwelt- und Handlungsorientierungen mehr oder weniger ausgeprägt in allen gesellschaftlichen Gruppen zu finden [sind]« (ebd., S. 11). In den weiteren Ausführungen liegt der Fokus auf den hier interessierenden beiden Typen, die – wie ihre Benennungen schon sagen – dem Umwelt- und insbesondere dem Klimaschutz ablehnend oder skeptisch gegenüberstehen. Die folgende Beschreibung der »Ablehnenden« und »Skeptischen« beruht weitgehend auf dem wissenschaftlichen Vertiefungsbericht zur UBS 2022 (Stieß et al. 2022).

Charakterisierung der Umweltbewusstseinstypen³

»Die Ablehnenden«

Die »Ablehnenden« weisen eine mittelhohe Umwelteinstellung auf. Ihre Klimaeinstellung ist im Gegensatz dazu nur niedrig ausgeprägt. Umweltbewusstes Verhalten wird von ihnen nur in geringem Umfang berichtet. Ihre Veränderungsbereitschaft fällt ebenfalls gering aus (vgl. Tab. 1).



Anteil in der Bevölkerung:

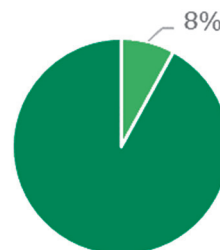


Abb. 1: Illustration der Ablehnenden und ihres Bevölkerungsanteils (Quellen: BMUV & UBA 2022, S. 38 und Stieß et al. 2022, S. 94)

Tab. 1: Grundschemata der Ablehnenden (Quelle: Stieß et al. 2022, S. 94)

Umwelteinstellung	Klimaeinstellung	Umweltverhalten	Veränderungsbereitschaft
mittel	niedrig	niedrig	niedrig

Bei Betrachtung ihres soziodemografischen Profils fällt auf, dass Männer (mit einem Anteil von 76 Prozent) überdurchschnittlich stark vertreten sind. Das mittlere Alter der Ablehnenden ist überdurchschnittlich. So sind Personen unter 30 Jahren unterproportional vertreten, wohingegen Personen zwischen 30 und 49 Jahren sowie Personen ab 70 Jahren überproportional vertreten sind. Das formale Bildungsniveau der Ablehnenden ist im Vergleich zur Gesamtbevölkerung etwas geringer. Vollzeit-Erwerbstätige, Rentner*innen sowie Erwerbslose sind überrepräsentiert, während Schüler*innen, Auszubildende und Studierende sowie Teilzeit-Erwerbstätige unterrepräsentiert sind.

Personen mit sehr hohen Einkommen sind überdurchschnittlich stark vertreten, aber auch niedrige Einkommen kommen so häufig wie im Bevölkerungsdurchschnitt vor. Insgesamt liegt das Einkommen der Ablehnenden leicht über dem Durchschnitt, wobei sich für diesen Typ insgesamt eine erhebliche Spreizung der Einkommen ergibt. Dazu passt auch der überdurchschnittliche Anteil an Arbeitslosen. Mit anderen Worten: Der Typus der Ablehnenden ist sowohl in niedrigen als auch in gehobenen Einkommensgruppen verbreitet.

Ablehnende wohnen etwas seltener ländlich, sie sind zugleich jedoch überproportional oft aus einer Region mit relativ schlechtem Infrastrukturalzugang und niedriger Kaufkraft. Sie leben häufiger in ostdeutschen Bundesländern (BMUV & UBA 2022, S. 44). Mit Blick auf Haushaltszusammensetzung zeigt sich: Der Anteil der Alleinlebenden ist im Vergleich zu allen Befragten höher und der für Personen mit minderjährigen Kindern im Haushalt geringer.

Das Interesse am Thema Klimawandel und Klimaschutz ist bei den Ablehnenden relativ gering. Sie fühlen sich aber trotzdem mehrheitlich und im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich gut über dieses Thema informiert. Damit wird deutlich: Die Skepsis und Ablehnung gegenüber dem Klimaschutz gehen bei dieser Gruppe oft mit der Einschätzung einher, gut informiert zu sein. Passend zu ihrer geringen Klimaeinstellung sehen die Ablehnenden nur geringen Handlungsbedarf in Sachen Klimaschutz. Außerdem stimmt eine deutliche Mehrheit zu, dass der Klimawandel sich allein mit Technik und ohne Änderung des Lebenswandels bremsen lässt. Insgesamt verwundert es daher nicht, dass die Ablehnenden so gut wie kein Engagement für den Klimaschutz zeigen. Darüber hinaus lehnen fast alle Ablehnenden die Anliegen der Klimabewegung ab und die überwiegende Mehrheit hält die Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten für nicht glaubwürdig.

Bei der Frage, ob man oft unsicher ist, welche Produkte tatsächlich umweltfreundlich sind, stimmen die Ablehnenden deutlich seltener zu. Dieses Ergebnis ist vermutlich so zu deuten, dass Umweltaspekte bei der Produktauswahl eine untergeordnete Rolle spielen und diesbezügliche Unsicherheit daher auch nicht bzw. seltener aufkommt.

»Die Skeptischen«

Die »Skeptischen« weisen eine hohe Umwelteinstellung auf, während ihre Klimaeinstellung nur mittelstark ausgeprägt ist. Umweltbewusstes Verhalten wird von ihnen in mittlerem Umfang berichtet. Auch ihre Veränderungsbereitschaft liegt auf mittlerem Niveau (vgl. Tab. 2).



Anteil in der Bevölkerung:

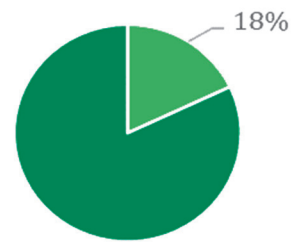


Abb. 2: Illustration der Skeptischen und ihres Bevölkerungsanteils (Quellen: BMUV & UBA 2022, S. 38 und Stieß et al. 2022, S. 97)

Tab. 2: Grundschemata der Skeptischen (Quelle: Stieß et al. 2022, S. 97)

Umwelteinstellung	Klimaeinstellung	Umweltverhalten	Veränderungsbereitschaft
hoch	mittel	mittel	mittel

Das soziodemografische Profil der Skeptischen ist, ebenso wie das der Ablehnenden, von einem überdurchschnittlichen Männeranteil geprägt (Anteil Männer 59 Prozent), wenn auch nicht ganz so stark. Bei den Skeptischen sind ebenfalls eher höhere Altersgruppen vertreten, wobei die 40- bis 59-Jährigen überdurchschnittlich und die unter 40-Jährigen aber schwächer vertreten sind. Insgesamt liegt der Altersschnitt über dem der Bevölkerung. Entsprechend gering ist bei den Skeptischen der Anteil an Schüler*innen, Studierenden und Auszubildenden. Bei ihnen überwiegen einfache und mittlere Bildungsabschlüsse: Die Skeptischen haben von allen Gruppen das niedrigste formale Bildungsniveau. Der Anteil an Personen mit Abitur bzw. Studium ist unterdurchschnittlich und der an Personen mit Hauptschulabschluss überdurchschnittlich hoch.

Mit Blick auf die Höhe der Einkommen bei den Skeptischen zeigt sich, dass diese insgesamt etwas über dem Durchschnitt liegen. Personen mit einem mittleren Einkommensniveau sind häufiger vertreten als im Durchschnitt (38 % versus 26 % in der Gesamtstichprobe) und Personen mit niedrigem schwächer (26 % versus 37 % in der Gesamtstichprobe). Die Skeptischen wohnen etwas seltener in Großstädten.

Das Interesse am Thema Klimawandel und Klimaschutz ist bei den Skeptischen unterdurchschnittlich; dies trifft auch auf die Einschätzung der eigenen Informiertheit zu. Außerdem sind sie nach den Ablehnenden von allen Gruppen am zweitstärksten der Ansicht, die Klimaproblematik lässt sich allein mit Technik lösen.

Bei der Frage, ob man oft unsicher ist, welche Produkte tatsächlich umweltfreundlich sind, stimmen die Skeptischen seltener zu. Ähnlich wie bei den Ablehnenden dürfte eine Erklärung für dieses Ergebnis sein, dass Umweltaspekte eine geringere Rolle bei der Produktauswahl spielen.

Weiter ausdifferenzierende Analyse der Ablehnend-Skeptischen

Im Folgenden werden die Personen, die dem Umwelt- und Klimaschutz ablehnend bzw. skeptisch gegenüberstehen, weiter ausdifferenzierend untersucht. Die Darstellung beruht auf einem im Erscheinen befindlichen Untersuchungsbericht, der im Rahmen des UBA-Forschungsprojekts »Umweltpolitik im Dialog – Umwelt / Populismus / Demokratie«⁴ (kurz: UPoDi; Schipperges & Denk, im Erscheinen) entstanden ist. Die Grundlage bildete eine Sekundärdatenanalyse der Daten der UBS 2020 (BMUV & UBA 2022) sowie eine anschließende, vertiefende Literaturlauswertung.

Dabei wurden insgesamt sechs unterschiedliche Gruppen ermittelt und beschrieben, die alle gegenüber Umweltpolitik skeptisch bis ablehnend eingestellt sind, jedoch unterschiedliche soziale und kulturelle Hintergründe haben⁵. Diese Gruppen wurden unter anderem hinsichtlich populistischer Einstellungen untersucht. Im Fokus des vorliegenden Artikels stehen nur vier der sechs Typen, da diese eine große Überschneidung (73 Prozent) mit den Ablehnenden und Skeptischen aus der UBS 2020 aufweisen, während zwei weitere Typen, die im Rahmen der Literaturanalyse in anderen Quellen gefunden wurden, hier nicht näher dargestellt werden. Im Untersuchungsbericht von Schipperges und Denk (im Erscheinen) wurden zudem gruppenübergreifende populistische Dynamiken herausgearbeitet, die Einfluss auf die (Ablehnung von) Umweltpolitik und Nachhaltigkeitsdiskurse haben. Auf diese geht der Artikel abschließend im Fazit ein.

Vorgehen der Sekundärdatenanalyse

Auf Basis der Daten der UBS 2020 – (BMUV & UBA 2022; Stieß et al. 2022) wurde eine statistische Re-Analyse durchgeführt, um diejenigen Befragten, die einer ambitionierten Nachhaltigkeitspolitik gegenüber (eher) skeptisch bzw. ablehnend gegenüber eingestellt sind, genauer zu betrachten. Um den Personenkreis entsprechend einzugrenzen, wurde nach einem geeigneten Anker-Statement im Datensatz gesucht. Die Aussage *»Die deutschen Klimaschutzziele sollten ehrgeiziger sein, weil wir aktuell zu wenig leisten, um das Paris-Abkommen zu erfüllen (Begrenzung der globalen Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad)«* erwies sich dafür als geeignet. Circa 23 Prozent (492 Personen) der repräsentativen Stichprobe stimmten dieser Aussage überhaupt nicht oder eher nicht zu. Mit diesem Statement konnte der Anteil der Skeptisch-Ablehnenden angemessen abgebildet werden (die Ablehnenden plus die Skeptischen ergaben zusammen in der bevölkerungsrepräsentativen Stichprobe einen Anteil von circa 26 Prozent), zumal es auch inhaltlich die entsprechende ablehnende bzw. skeptische Haltung gut erfasste. Diese Teilgruppe weist zudem ein geringes bzw. unterdurchschnittliches Umwelt- und Klimabewusstsein auf.

Auf Basis dieser Teilstichprobe wurde mit Hilfe von Clusteranalysen⁶ die interne Diversität der ablehnend-skeptischen Befragten differenzierter herausgearbeitet. Es ergaben sich vier inhaltlich relevante und statistisch gut abgrenzbare Typen: »Nationalliberal-Konservative«, »Abstiegsbedroht-Skeptische«, »Radikal-Individualistische« und

»Traditionell-Heimatbezogene«. Diese werden im Folgenden anhand von Kurzprofilen dargestellt.

Beschreibung der vier ablehnend-skeptischen Typen⁷

»Nationalliberal-Konservative«

Bei diesem Typus überwiegen Männer in mittleren und höheren Altersgruppen und in gehobenen sozialen Lagen. Typisch ist eine Parteipräferenz für die AfD oder die FDP, aber auch die CDU/CSU kommt infrage. Ökologische Herausforderungen spielen in ihrem Denken kaum eine Rolle; insbesondere bezüglich dem menschenverursachten Klimawandel zeigt man sich skeptisch. Insofern sehen sie auch kaum Handlungsbedarf im Bereich Umweltpolitik – die aus ihrer Sicht gerade in Deutschland schon »mehr als in anderen Ländern« oder auch einfach »mehr als genug« tut. Entsprechend gering ist die Bereitschaft zu umweltschützendem Verhalten im eigenen Alltag. Dagegen betont dieser Typus die Notwendigkeit der Stärkung wachstumsförderlicher wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und orientiert sich stark an der Sicherung des (eigenen, privilegierten) Lebensstandards.

Gesellschaftspolitisch hält man an (überkommenen) hierarchisch-patriarchalischen und autoritären Strukturen fest. Ein ausgeprägtes Leistungsethos führt bei diesem Typus zu sozialdarwinistischen Haltungen. Gegenüber der Politik und einer aus ihrer Sicht »tendenziösen« Wissenschaft herrscht Skepsis. Ihre Ablehnung einer offenen, diversen Gesellschaft sowie ihre Betonung von nationalen (wirtschaftlichen und anderen) Interessen stellt eine Verbindung zu populistischen Strömungen her – auch wenn man gleichzeitig zu »allzu Radikalem« auf Distanz geht.

»Abstiegsbedroht-Skeptische«

Auch diese sind überwiegend männlich und finden sich vor allem in unteren bis mittleren sozialen Lagen. Ihr Altersschwerpunkt liegt zwischen 30 und 60 Jahren. Sehr häufig besteht eine Parteipräferenz für die AfD, daneben auch für die CDU/CSU, die SPD und die Linke. Diese Personen sehen sich unter einem massiven Wettbewerbsdruck und abstiegsgefährdet. Sie befürchten von ambitionierten Nachhaltigkeitsmaßnahmen eine weitere Verschlechterung ihrer Situation – und stehen diesen daher grundsätzlich skeptisch gegenüber. Das Umwelt- und Klimabewusstsein ist gering, gleichzeitig besteht zu diesen Themen aber auch ein geringer Informationsstand und

insgesamt wenig Interesse. Insbesondere (Umwelt- und Klimaschutz-)Maßnahmen, die mit Kosten oder Einschränkungen verbunden sind, werden abgelehnt.

Typisch für diese Gruppe ist die Einstellung, dass ›es erstmal Fortschritte bei sozialer Gerechtigkeit geben muss, bevor wir uns Umwelt- und Klimaschutz leisten können‹. Soziale und wirtschaftliche Deprivationserfahrungen sowie die Überzeugung, dass ›die Politik doch immer nur von den Interessen der Konzerne gesteuert‹ werde, führen zu einer großen Empfänglichkeit für populistische Diskurse im Sinne des Gegensatzes zwischen ›globalen Eliten‹ und ›einfachem, schwer arbeitendem Volk‹.

»Radikal-Individualistische«

Hier finden sich überwiegend Männer in jüngeren Altersgruppen (unter 30 Jahre). Sie gehören mehrheitlich der Unter- bis unteren Mittelschicht an. Auch findet sich unter ihnen ein hoher Anteil von Personen mit Migrationshintergrund. Es gibt viele Nichtwähler*innen oder Nicht-Wahlberechtigte, daneben eine überdurchschnittlich hohe Parteipräferenz für die AfD. Diese Personen ignorieren, leugnen oder verdrängen die ökologischen Krisen und verwahren sich gegen jegliche Forderung, ihre Lebensweise zu verändern. Vorherrschend ist eine ausgeprägte Spaß- und Erlebnisorientierung, ein spontaneistischer und eskapistischer Lebensstil.

Man lebt ich-bezogen und möchte möglichst keine einschränkenden Verpflichtungen. Gegenüber den Regeln und Anforderungen der Leistungsgesellschaft zeigt man sich distanziert. Der Mehrheitsgesellschaft begegnet man gern mit demonstrativer Unangepasstheit. Unbekümmertheit und ›Coolness‹ sind angesagt. Dabei steht schnellebiger und kurzfristiger Konsum im Vordergrund; (milieu- bzw. szene-spezifische) Status-Symbole und Prestige-Produkte (Auto, Kleidung, Accessoires), aber auch Musik und Unterhaltung haben einen hohen Stellenwert. Die Berücksichtigung von Umweltaspekten wird in diesem Zusammenhang als ›Zumutung‹ oder ›Spaßbremse‹ verstanden. Denkbare Einschränkungen der individuellen Wahl- und Konsumfreiheit werden grundsätzlich abgelehnt.

Deprivationserfahrungen, teilweise auch Verschwörungsmentalität und Abgrenzung gegenüber ›Out-Groups‹ führen zu Offenheit für populistische Strömungen. Das Thematisieren einer Abhängigkeit aller Gesellschaftsmitglieder von

sozialen und ökologischen (Gesamt-) Systemen wird als Kränkung des individuellen Selbstverständnisses als ›freier‹ Mensch gewertet.

»Traditionell-Heimatbezogene«

Diese sind mehrheitlich weiblich. Ihr Altersschwerpunkt liegt zwischen 40 und 70 Jahren. Es überwiegen eher niedrige oder mittlere Bildungsabschlüsse und überwiegend mittlere soziale Lagen. Sie leben vor allem in kleinen Gemeinden und ländlichen Gebieten. Es besteht eine klare Parteipräferenz für die CDU/CSU. Diese Personen sind angesichts der ökologischen Krise grundsätzlich besorgt, zu nachhaltigem Verhalten im privaten Bereich bereit, jedoch überaus skeptisch gegenüber weitreichenden ›transformatorischen‹ Strategien, die gewohnte gesellschaftliche Strukturen (›Ruhe und Ordnung‹) zu sprengen drohen.

Sie sind überwiegend zufrieden mit dem eigenen und gesellschaftlichen Status-Quo und legen Wert auf ein harmonisches, gesichertes Privatleben in einem vertrauten und überschaubaren sozialen Umfeld. Überkommene Bräuche und Traditionen sowie soziale Normen haben für diesen Typus große Bedeutung. CO₂-intensive Alltagspraxen (große Wohnungen, Festhalten am motorisierten Individualverkehr, fleischlastige Ernährung etc.) gehen einher mit umweltschonenden Tätigkeiten (DIY, Reparieren und Recyceln, insgesamt eher geringe Mobilität, kaum Fernreisen u.a.).

Dieser Typus hat eine hohe Affinität zu Natur und Naturschutz, wohingegen andere ökologische Ziele wie beispielsweise die Energie-, Mobilitäts- und Ernährungswende eher skeptisch betrachtet werden. Insofern sind diese Personen empfänglich für populistische Diskurse, die Natur- und Heimatschutz in einen Gegensatz zu anderen Nachhaltigkeitszielen bringen. Dabei finden als ›Pragmatismus‹ etikettierte Vorbehalte konservativer und liberaler politischer Strömungen gegenüber einer ›überzogenen‹ Umweltpolitik jedoch eher Akzeptanz als eindeutig rechtsextrem konnotierte Akteure, deren ›Extremismus‹ habituell abgelehnt wird.

Fazit⁸

Abschließend werden die Erkenntnisse hier noch einmal kurz zusammengefasst und Schlussfolgerungen abgeleitet und diskutiert. Aus der Beschreibung der »Ablehnenden« und »Skeptischen« bzw. der ausdifferenzierten Analyse von vier ablehnend-skeptischen Typen geht hervor, dass die Motivlagen und Hintergründe für die Ableh-

nung oder Skepsis gegenüber (Umwelt- und) Klimapolitik durchaus unterschiedlich und heterogen sind. Auch bei den soziodemografischen Merkmalen der Ablehnend-Skeptischen gibt es eine große Diversität.

Die Zusammenschau der Befunde zeigt, dass eine ablehnende oder skeptische Haltung gegenüber dem Klimaschutz und einer sozial-ökologischen Transformation oftmals durch die Abwehr von Verlusten motiviert ist. Dies schließt sowohl vermeintliche als auch reale und materiell-finanzielle sowie symbolisch-kulturelle Verluste ein. Es kann sich dabei um die Verteidigung bestimmter Privilegien (wie ein gehobener Lebensstandard bei den »Nationalliberal-Konservativen« oder auch eine subjektive Überlegenheit gegenüber *Out-Groups*) handeln oder auch um den Wunsch, eine Verschlechterung der eigenen unterprivilegierten oder prekären Lebenslagen zu verhindern (wie bei den »Abstiegsbedroht-Skeptischen« und den »Radikal-Individualistischen«). Es gibt dabei also sowohl eine ökonomische als auch eine kulturelle Dimension (Jacob et al. 2020), die nachhaltigkeits- und klimaschutzskeptischen Haltungen und Argumentationen zugrunde liegen kann.

Diese unterschiedlichen Motivationen zur Ablehnung von Nachhaltigkeit und Klimaschutz – die Verteidigung handfester individueller Privilegien (vor allem in gehobenen gesellschaftlichen Gruppen) auf der einen Seite, die Abwehr von real erfahrenen oder befürchteten ökonomischen und kulturellen Verlusten und Entbehrungen (insbesondere in mittleren und unteren sozialen Lagen) auf der anderen Seite – gehen dabei insbesondere im (rechts-)populistischen Diskurs eine unheilvolle Verbindung ein. Es ist zu beobachten, dass in der Abwehr von Nachhaltigkeitstransformationen ein Bündnis zwischen einem »liberal-steigerungsorientierten Lager« und einem »regressiv-autoritären Lager« entsteht (Eversberg 2020). Klimawandelskepsis fungiert dabei als populistisches »Brückennarrativ« (Richter & Salheiser 2022). Zwar interessieren sich privilegierte Gruppen selten ernsthaft für eine Verbesserung der Situation von weniger privilegierten Gruppen (Jacob et al. 2020; Schaller & Carius 2019), und andersherum weisen prekäre Gruppen starke Vorbehalte gegen »die Eliten« auf. Aber sofern elitäre Gruppen populistisch argumentieren, werden diese von Kritik ausgenommen, was ein solches ansonsten paradox erscheinendes Bündnis ermöglicht.

Für umweltpolitische Akteure ergibt sich hieraus die Herausforderung, Strategien und Lösungsan-

sätze zu entwickeln und Perspektiven aufzuzeigen, mit denen solche populistischen und nachhaltigkeits-skeptischen Bündnisse aufgebrochen werden können. Die Berücksichtigung sozialer Belange hat dabei einen zentralen Stellenwert (Schipperges & Denk, im Erscheinen, S. 56). Insbesondere »dem Versprechen einer auf fundamentale Bedürfnisse bezogenen Existenzsicherung (»Angstfreiheit im Wandel« – Schacht-schneider 2012) kommt dabei entscheidende Bedeutung zu« (ebd.). Auch das Aufzeigen anderer, beispielsweise suffizienter Lebensweisen und die Entlastung von Erfolgs- und Wettbewerbszwängen kann dazu einen Beitrag leisten (ebd.).

Um all das zu erreichen, braucht es neben geeigneten politischen Konzepten auch eine gute Kommunikation. Die Vielfalt von ablehnenden und skeptischen Haltungen sowie die soziodemografische Heterogenität der dahinterstehenden gesellschaftlichen Gruppen macht deutlich, dass kommunikative Strategien, um diese Gruppen zu erreichen, zielgruppenspezifisch ausgerichtet sein sollten. Hierfür bieten sozialwissenschaftliche Analysen (Schipperges & Denk, im Erscheinen) sowie die Entwicklung und Testung von innovativen Ansprache- und Beteiligungsformaten, wie sie im weiteren Verlauf des Projekts »Umweltpolitik im Dialog« (UPoDi) vorgenommen werden, eine wichtige Grundlage.

Quellenverzeichnis

BMUV & UBA (2022): Umweltbewusstsein in Deutschland 2020. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Hg. v. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und Umweltbundesamt (UBA). Berlin, Dessau-Roßlau. Online verfügbar unter <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbewusstsein-in-deutschland-2020>, zuletzt geprüft am 20.04.2023

Eversberg, D. (2020): Bioökonomie als Einsatz polarisierter sozialer Konflikte? Zur Verteilung sozial-ökologischer Mentalitäten in der deutschen Bevölkerung 2018 und möglichen Unterstützung- und Widerstandspotentialen gegenüber bio-basierten Transformationen. Jena. Online verfügbar unter https://www.db-thueringen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbt_derivate_00053605/WorkingPaper_Flumen_001.pdf, zuletzt geprüft am 07.04.2023

Jacob, K.; Schaller, S.; Carius, A. (2020): Populismus und Klimapolitik in Europa. In: M. Kaeding, M. Müller und J. Schmäler (Hg.): Die Eu-

ropawahl 2019. Ringen um die Zukunft Europas. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 301–311.

Richter, C.; Salheiser, A. (2022): Klimadiktatur? Rechte Ideologie und Verschwörungsnarrative zur Klimapolitik in den sozialen Netzwerken. Jena. Online verfügbar unter <https://www.idz-jena.de/wsddet/wsd11-07>

Schachtschneider, Ulrich (2012): Ökologisches Grundeinkommen. Ein Einstieg ist möglich. Online verfügbar unter <http://www.ulrich-schachtschneider.de/resources/BIEN+2012-396kologisches+Grundeinkommen-Ein+Einstieg+ist+m3B6glich.pdf>.

Schäfer, A.; Zürn, M. (2021): Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus. Berlin: Suhrkamp.

Schaller, S.; Carius, A. (2019): Convenient Truths. Mapping Climate Agendas of Right-wing Populist Parties in Europe. Hg. v. adelphi. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.adelphi.de/en/publication/convenienttruths>, zuletzt geprüft am 06.12.2022.

Schipperges, M.; Denk, A. (im Erscheinen): Umweltpolitik im Dialog – Umwelt / Populismus / Demokratie. Ergebnisse des Arbeitspakets 1: Wissenschaftliche Grundlagen. UBA-Texte XX/2023, Dessau-Roßlau.

Stieß, I.; Sunderer, G.; Raschewski, L.; Stein, M.; Götz, K.; Belz, J. et al. (2022): Repräsentativumfrage zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2020. Klimaschutz und sozial-ökologische Transformation. Abschlussbericht. Dessau-Roßlau (UBA-Texte, 20/2022).

Vehrkamp, R.; Merkel, M. (2018): Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018. Bertelsmann Stiftung, WZB. Gütersloh, Berlin.

Ward, J. H. (1963): Hierarchical grouping to optimize an objective function. In: Journal of the American Statistical Association 58 (301), S. 236–244.

Anmerkungen:

¹ Der Beitrag stellt eine schriftliche Ausarbeitung des mündlichen Inputs der Erstautorin in der Arbeitsgruppe 3 »Elitenprojekt« Klimaschutz? – Wahrnehmung und politische Gegenstrategien bei der 12. Konferenz zur sozialen Spaltung der AG Soziales Hamburg dar. Dieser umfasste im Wesentlichen eine Vorstellung der sozialwissenschaftlich ermittelten Typen der sogenannten »Ablehnenden« und »Skeptischen« aus der Studie zum »Umweltbewusstsein in Deutschland 2020« (BMUV & UBA 2022). In

einem Exkurs wurde auch auf die weitere Ausdifferenzierung dieser beiden Typen in Subtypen eingegangen, die auf Arbeiten des Zweitautors fußt. Entsprechend tritt Michael Schipperges hier als Co-Autor auf und bringt Erkenntnisse aus seiner aktuellen Forschung mit ein.

Zur inhaltlichen Einordnung sei noch vorangestellt, dass der Begriff »Elitenprojekt« im Kontextes des Klimaschutzes als ein populistisch geprägtes Konstrukt verstanden wird, welches impliziert, dass es bei der Einführung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen einen grundsätzlichen Widerspruch gäbe zwischen den Interessen der führenden »Eliten« und dem (»einfachen«, »normalen«) »Volk«. Dies stellt eine post-faktische Zuspitzung dar, die nicht mit der realen Situation korrespondiert (vgl. Vehrkamp & Merkel 2018, Schäfer & Zürn 2021, Richter & Salheiser 2022).

² Die sechs Cluster bzw. Typen wurden anhand von vier Kenngrößen berechnet: Umwelteinstellung, Klimateinstellung, Umweltverhalten und Veränderungsbereitschaft (BMUV & UBA 2022, S. 39). Bei der Typenbildung wurden jeweils Personen in Cluster (»Klumpen«) gruppiert, die in Bezug auf die vier Kenngrößen ähnliche Zahlenwerte aufwiesen.

³ Diese Charakterisierungen sind der Typenbeschreibung im wissenschaftlichen Vertiefungsbericht zur Umweltbewusstseinsstudie 2020 entnommen (Stieß et al. 2022, S. 94-98).


⁴ Das Projekt UPoDi (ReFoPlan FKZ 3721 11 102 0) arbeitet darauf hin, innovative Beteiligungs- und Dialogformate zu entwickeln und zu erproben für (und mit) Bürger*innen, die einer ambitionierten Umwelt- und Klimapolitik derzeit (noch) ablehnend oder skeptisch gegenüberstehen. Im ersten Arbeitspaket wurden dafür die wissenschaftlichen Grundlagen aufbereitet, die im Bericht von Schipperges und Denk dokumentiert sind und auf die hier Bezug genommen wird. Weitere Informationen zu UPoDi finden sich im Projektflyer:

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2378/dokumente/uba_flyer_dt_upodi_bf_230109.pdf.

⁵ Und die sich bezüglich ihrer Bereitschaft zur Beteiligung an umweltpolitischen Dialogen unterscheiden.

⁶ Durchgeführt wurde eine hierarchische Clusteranalyse nach der Ward-Methode (Ward 1963). Eingangsvariablen waren acht Einstellungsfaktoren, die aufgrund von nachhaltigkeitsbezogenen Aussagen im Datensatz ermittelt wurden. Als aussagekräftigste Lösung wurde das 4-Typen-Modell gewählt, da sich darin zusätzlich zu den bereits in der 3er-Lösung zu findenden Typen der – auch unter Gendergesichtspunkten – interessante weitere Typus der »Traditionell Heimatbezogenen« (mehrheitlich weiblich) ausdifferenzierte.

⁷ Diese Beschreibungen sind der Typendarstellung im 1. Zwischenbericht (Ergebnisse des ersten Arbeitspakets) zum Projekt »Umweltpolitik im Dialog« (UPoDi – Schipperges & Denk, im Erscheinen, S. 36-38) entnommen.

⁸ Kernaussagen sind der Publikation Schipperges & Denk (im Erscheinen) entnommen. 

Arbeitsgruppe 3

Teil 2: Die Perspektive der Bürger auf die Energiewende in Deutschland

Dr. Stine Marg

Seit den 1980er Jahren wird in Deutschland um die Energiewende gerungen. Sie wird verstanden als grundlegende Umgestaltung der Energieversorgung – weg von fossilen Energieträgern und Kernbrennstoffen, hin zu erneuerbaren Energien. Doch erst in der letzten Dekade ist dieses ambitionierte politische Projekt mit all seinen Effekten in der Lebenswelt der Menschen präsent, weil womöglich eine Stromtrasse in ihrem Wohnumfeld ertüchtigt wird, in ihrer Gemeinde eine rege Diskussion über Windkraftanlagen geführt wurde oder ihre individuellen Energiekosten gestiegen sind. Dabei gilt die Energiewende in Deutschland als zentrales Instrument zur Bekämpfung des Klimawandels und ist mittlerweile gesellschaftlicher Konsens. Bei aller Zustimmung zum Ziel der Energiewende wird gerade die praktische Umsetzung von vielen kritisch beurteilt. Neben einer schnelleren Umsetzung werden mehr Beteiligungsmöglichkeiten und eine gerechtere Verteilung der Standortlasten und Kosten gefordert. Dies fanden wir im Rahmen des von der Stiftung Mercator finanzierten Verbundprojektes unter der Federführung des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung »Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende (Demokon)« heraus. Ob – neben dieser evidenten Kritik – die Gefahr besteht, dass die Energiewende auch als »Elitenprojekt« desavouiert werden könnte, möchte ich im Folgenden auf Basis qualitativer empirischer Erkenntnisse andiskutieren. Die Daten hierfür schöpfen sich zum einen aus dem Demokon-Projekt. Hier haben wir in einem an der Universität Göttingen angesiedelten Teilprojekt Positionen und Argumentationsstrukturen zur Energiewende in drei Regionen untersucht, in denen lokale Energiewendekonflikte präsent sind: Im Landkreis Ahrweiler wird der (Um-)Bau einer Stromtrasse zu einer Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitung (HGÜ) kritisch verhandelt, in der brandenburgischen Stadt Spremberg ist der Kohleausstieg und im südöstlichen Vorpommern die geplante Errichtung von Windkraftanlagen Gegenstand lokaler Auseinandersetzungen. Zum anderen haben wir im Rahmen eines Forschungsprojektes am Institut für Demokratieforschung an der Universität Göttingen in den Jahren 2015/2016 drei weitere lokale Energiewendekonflikte gegen die Errichtung von Stromtrassen in Niedersachsen und Windkraftanlagen (in Rheinland-Pfalz und in Mecklenburg-

Vorpommern) beforcht. Wie diese Konflikte von den *Unbeteiligten* wahrgenommen wurden, stand im Zentrum unserer qualitativen Untersuchung. Als Unbeteiligte fassen wir all jene Personen in der Region, die sich – anders als Gegner oder Befürworter – (bislang) nicht handlungsförmig in den Konflikt um die jeweilige Energiewendemaßnahme eingemischt haben. Darüber hinaus haben wir die Argumentationsstrukturen und Aktionsformen der Gegner dieser lokalen Energiewendevorhaben untersucht.

Dass Klimaschutz im Allgemeinen und die Energiewende im Besonderen ein Projekt der politischen Eliten sei, die sich damit von einem vermeintlichen Volkswillen entfernt hätten, gilt als eine populistische Argumentation. Diese jedoch –, das zeigen nicht nur die Umfragen zum Thema Energiewende, sondern auch unsere Ergebnisse der Feldforschung, Interviews und Gruppendiskussionen in den jeweiligen lokalen Konflikträumen – verfängt aktuell kaum. Die Gegner und Unbeteiligten befürworten die Energiewende und erachten die damit verbundenen Klimaschutzmaßnahmen als unbedingt notwendig. Dennoch lassen sich verdichtet einige zentrale Deutungen über die Energiepolitik und kritische Haltungen zur Energiewende identifizieren, an die die populistische Erzählung darüber, dass die Energiewende ein Elitenprojekt sei, das zu Lasten der Bevölkerung durchgesetzt werde, anknüpfungsfähig ist.

Insbesondere die lokalen Gegner von Windkraftanlagen und Freiflächensolaranlagen unterstellen, erstens, den Betreibern eine Profitgier oder monieren zumindest kritisch, dass es Menschen gibt, die über das Potenzial verfügen, an der Energiepolitik zu verdienen, während ihnen selbst diese Möglichkeit verwehrt bleibt. Als (ungerechtfertigte) Profiteure identifizieren sie: Landwirte, denen das Feld gehört, was sie an die Windkraftbetreiber verpachten; vermögende Einzelpersonen, die in ein Energiegenossenschaftsprojekt investieren können; Nachbarn, die sich im Gegensatz zu ihnen die Installationen einer Solaranlage leisten können, oder Unternehmen, die in den letzten Jahren durch den Verkauf der Anlagen ein Vermögen erwirtschaftet haben. Auch die Unbeteiligten (die manchmal als »schweigende Mehrheit« adressiert werden) kriti-

sieren die im Rahmen der Energiepolitik mögliche Profitmaximierung ökonomischer Eliten.


Ähnlich gelagert (aber mit anderen Deutungsmustern verbunden) ist der zweite große Kritikpunkt: Ein Teil der Menschen hat den Eindruck, dass die Energiewende auf ihrem Rücken ausgetragen wird und damit exklusiv ihnen zur Last fällt. In dieser Wahrnehmung führt die aktuelle Energiepolitik nicht nur zur Profitmaximierung bei Wenigen, sondern auch zu einer systematischen Benachteiligung jener, die nicht Teil dieser Elite sind. Mit dieser Angst vor Benachteiligung geht gleichfalls ein Gefühl der Machtlosigkeit einher, das langfristig in einen Vertrauensverlust münden könnte. Die Sorgen um Benachteiligung durch die aktuelle Energiepolitik speisen sich zum einen aus der wahrgenommenen Veränderung des Raumes und des Lebensumfelds durch die Energiewende. Die insbesondere im ruralen Raum oftmals als Heimat apostrophierte Landschaft werde durch die Biogas- und Windkraftanlagen, durch die Stromautobahnen und Freiflächen-solarparks über Gebühr belastet, was wiederum negative Effekte auf die Lebensqualität der Anwohner habe. Diese sich hier abzeichnenden Konfliktkonstellationen gelten in ländlichen Regionen, wie beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern, wo nach aktueller Planung in der touristisch genutzten Küstenregion kaum Windkraftanlagen vorgesehen sind, während im dünn besiedelten Hinterland neben zahlreichen bestehenden Windparks weitere Großvorhaben in Planung sind. Doch auch zwischen Stadt und Land zeichnet sich eine aus der Energiepolitik ergebene Spannungslinie ab: Während die energiehungrigen Städter durch die Klimapolitik keine Einschränkungen im Lebensumfeld befürchten müssen (sondern eher durch die in zahlreichen Kommunen umgesetzten Maßnahmen zur Verkehrswende auf eine gesteigerte Lebensqualität hoffen dürfen), ist es die deutlich weniger Energie verbrauchende Landbevölkerung, die die Standortlasten zu tragen habe. Darüber hinaus wiegt insbesondere in jenen Regionen, die vom vorgezogenen Kohleausstieg betroffen sind, die Angst vor einer finanziellen Benachteiligung schwer. Infolgedessen ist vor allem in bevölkerungsarmen und strukturschwachen Regionen – so ein Ergebnis unserer Befragung – das Argument, dass die Energiepolitik auch Ausbeutung bedeuten kann, anknüpfungsfähig und vermag Brücken zu populistischen Akteuren zu bauen. Auch jenseits dieser Argumente, die sich überwiegend aus der individuellen und räumlichen Betroffenheit durch die Maßnahmen speisen, wurde in unseren Interviews und Gruppendiskussionen vielfach die

Befürchtung geäußert, dass sich die Energiewende kaum noch jemand leisten könne. Die Furcht vor Benachteiligung bezieht sich demzufolge nicht nur auf eine mögliche eigene Benachteiligung, sondern die damit verbundene Kritik nimmt gleichfalls vulnerable Gruppen ins Visier. Die von uns Befragten rechnen sich in der Regel nicht diesen Bevölkerungsgruppen zu, befürchten jedoch, dass Menschen mit einem niedrigen Haushaltseinkommen durch die Handlungen der politischen Eliten auf dem Feld der Energiepolitik zukünftig systematisch benachteiligt werden.

Und schließlich konnten wir in unseren Befragungen, neben der Unterstellung der Profitgier und der Furcht vor Benachteiligung, ein drittes Argumentationsmuster identifizieren, dass an der destruktiven Erzählung, ob Klimaschutz als Elitenprojekt wahrgenommen wird, anknüpfen könnte. Dies bezieht sich auf die Kritik an der *Umsetzung* der Energiewende durch die politischen Verantwortungsträger. Durch den massiven Ausbau und die geplanten Vorhaben würden vor Ort die vielfältigen Bedingungen nicht hinreichend berücksichtigt werden, da die Installation von erneuerbarer Energie häufig zu Lasten des Naturschutzes vorangetrieben würde. In diesem Zusammenhang wird nicht nur auf den Vogelschutz verwiesen, sondern auch die Installation von Windkraftanlagen im Wald- oder Moorgebiet kritisch beurteilt. Durch diese (unterstellte) Nichtberücksichtigung der lokalen Gegebenheiten entsteht für die Energiewende vor Ort mitunter ein massives Legitimationsproblem, dass die Kommunalpolitik immens unter Druck setzt.

Damit sich die Narration, dass die Energiewende vor Ort ein Elitenprojekt sei, nicht verfestigt, sind – anknüpfend an diese drei Kritikpunkte zukünftig folgende Aspekte zu berücksichtigen. Die kommunalen Verantwortungsträger müssen in der Umsetzung der technisch anspruchsvollen Projekte und der Kommunikation mit der Bevölkerung durch professionelle Akteure langfristig und dauerhaft entlastet werden. Wie soll ein oftmals ehrenamtlich tätiger Ortsbürgermeister seiner Gemeinde erklären, warum im lokalen Naherholungsgebiet der Wald für 200 Meter hohe Windkraftanlagen gerodet werden muss oder warum ausgerechnet durch den hiesigen Landkreis die HGÜ-Leitung ober- und nicht unterirdisch verlegt wird. Wie können die politischen Eliten vor Ort sichtbar und nachhaltig eingebunden werden, wenn Raumordnungsverfahren mehrere Jahre in Anspruch nehmen und die aktuelle Gesetzeslage, wie beispielsweise durch das »Windenergie-an-Land-Gesetz« eine solch immen-

se Flächenausweisung fordern, dass für Gemeinderäte und Landkreise kaum Handlungsspielräume bleiben? Diese professionelle Kommunikation auf Augenhöhe muss – und hier ist an die Angst vor Benachteiligung durch die Klimapolitik anzuknüpfen – gleichfalls auch immer wieder vor Ort adressieren, dass die Folgen des Klimawandels langfristig die schwächsten Bevölkerungsteile der Erde treffen werden. Hier sollten bei räumlichen Veränderungen im Nahumfeld frühzeitig Ängste abgebaut und an die individuelle Verantwortungsbereitschaft angeknüpft werden, die – das haben unsere Forschungen ebenfalls ergeben – sehr ausgeprägt ist. Das heißt, auch die Gegner lokaler Maßnahmen und vor allem die Unbeteiligten möchten einen Beitrag zum Klimaschutz und zur Energiewende leisten, durch Einsparung von

Energie und Nutzung erneuerbarer Energie. An diese Präferenzen sollte auch in der konkreten Umsetzung beständig angeknüpft werden. Dafür muss jedoch sichergestellt werden, dass eine Beteiligung für alle und nicht nur für wenige Profiteure möglich ist. Auch hochverschuldete Gemeinden in strukturschwachen Regionen sollten die Möglichkeit haben, sich an Bürgerenergieparks zu beteiligen, es müssen kreative Modelle gefunden werden, dass alle Anwohnerinnen von erneuerbarer Energie profitieren und nicht nur wenige (oder gar nur externe Investoren). Nur wenn es gelingt, die Energiewende vor Ort als Gemeinschaftsprojekt umzusetzen, sind populistische Ungerechtigkeits Erzählungen langfristig chancenlos. 

Nachhaltigkeit und Lebensführung: Chancen und Hindernisse eines sozial-ökologischen Wandels

Prof. Dr. Sighard Neckel

Hamburg, Palais Esplanade, 19. April 2023

Ausgangspunkt:

Die gesellschaftlichen Bedingungen und Voraussetzungen wirksamen Klimaschutzes sind zum entscheidenden Faktor bei der Abwendung ökologischer Katastrophen geworden, wie erst jüngst wieder der Weltklimarat (IPCC) in seinem »Synthesebericht« vom März 2023 festgestellt hat. Worin aber liegen die gesellschaftlichen Hindernisse wirksamen Klimaschutzes begründet, die der IPCC beklagt?

Thesen:

1. Die gesellschaftlichen Bedingungen effektiven Klimaschutzes wären gegeben, wenn in den modernen Gesellschaften weitgehend Einigkeit über die Vorrangigkeit des Klimaschutzes und über eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise vorhanden wäre. Davon kann aber nicht die Rede sein. Stattdessen stellen sich Klimaschutz und Nachhaltigkeit praktisch als hochumstrittene Themen dar, nicht nur in der politischen Sphäre zwischen Parteien, Institutionen, Bewegungen und Organisationen, sondern auch in der Gesellschaft selbst, zwischen verschiedenen Sozialmilieus, unterschiedlichen materiellen Interessen, kulturellen Bedürfnissen und normativen Wertvorstellungen.

2. Zusätzlich kompliziert wird die Lage noch dadurch, dass für den Klimaschutz eigentlich alles gleichzeitig gemacht werden muss, will man die schlimmsten Auswirkungen der Erderwärmung noch verhindern. Und so hat der Weltklimarat in seinem umfassenden Maßnahmenkatalog einen »schnellen und weitreichenden Wandel in allen Sektoren und Systemen« der Gesellschaft noch in diesem Jahrzehnt gefordert. Die Gleichzeitigkeit, in der in kurzer Frist einschneidende Veränderungen sowohl in Wirtschaft, Politik, Energiesystemen, Infrastrukturen und Produktion als auch in Lebensführung, Konsum, Alltagskultur und Mobilität notwendig sind, ist eine erschwerende Rahmenbedingung des sozial-ökologischen Wandels. Da bei einem umfassenden ökologischen Umbau der Gesellschaft typischerweise alles mit allem zusammenhängt, erzwingt er, mit allen starken Interessen in der

Gesellschaft zugleich in den Konflikt treten zu müssen und überall Widerstände zu provozieren.

3. Dieses Dilemma, vieles gleichzeitig möglichst schnell verändern zu müssen, wird sich indes nicht auflösen lassen, wenn man der Vorstellung folgt, all die divergierenden Interessen, Bedürfnisse und Wertvorstellungen gleichermaßen berücksichtigen oder gar erfüllen zu können. Das Dilemma besteht ja gerade darin, dass dies kaum möglich sein wird, hängt man nicht Illusionen oder Wunschträumen nach.

Einer dieser Wunschträume ist etwa, die Kräfte des Marktes würden, gepaart mit der Innovationskraft grüner Technologien, die ökologische Krise und den Klimawandel in den Griff bekommen, ohne etwas an den Maximen der heutigen Wirtschaftsordnung und den Mustern der Lebensführung ändern zu müssen. Weiteres Wachstum und eine anhaltende Expansion von Märkten, Produktion und Konsum, so die Idee, seien durch eine ökologische Modernisierung mit den Anforderungen des Klimaschutzes in Einklang zu bringen, da Wachstum durch nachhaltige Technologien von einem steigendem Ressourcenverbrauch und steigenden Emissionen entkoppelt werden könnte. Doch seit die Konzepte eines »grünen Wachstums« vor mehr als 20 Jahren entwickelt worden sind, hat sich die Zerstörung der Ökosysteme ungebremst fortgesetzt und teilweise beschleunigt. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass nachhaltige Technologien unwirksam werden, wenn ein anhaltendes Wachstum von Produktion und Konsum die Einsparung von Emissionen wieder vereitelt. Solche gegenläufigen Entwicklungen, auch »Rebound-Effekte« genannt, kennen wir etwa aus der Automobilbranche. Zwar verbraucht ein Verbrenner heute viel weniger Benzin oder Diesel als in früheren Jahren und ist der Anteil der Elektromobilität gerade jüngst merkbar gestiegen, was zu einer höheren Energieeffizienz des Autoverkehrs geführt hat. Doch sind diese technologischen Fortschritte durch das immer größer werdende Marktsegment der SUVs förmlich aufgeessen worden. Ein Autotyp, der bis zu zwei Tonnen schwer ist, um durchschnittlich 1,3 Insassen zu transportieren, macht in seinem Ressourcenverbrauch alle Innovationen einer grünen Technologie zunichte.

4. Auch weitere typische Instrumente eines »grünen Kapitalismus« wie Emissionshandel oder Nachhaltigkeitszertifikate haben sich weitgehend als Fehlschläge erwiesen oder den Klimawandel bisher zumindest nicht aufhalten können. Über 60 Prozent der europäischen Treibhausgasemissionen unterliegen überhaupt nicht dem Emissionshandel der EU, die den Preis pro Tonne CO₂ erst kürzlich auf 100 Euro angehoben hat. Laut Umweltbundesamt müsste dieser Preis allerdings bei mindestens 180 Euro liegen, um die Folgekosten der klimaschädlichen Emissionen zu kompensieren. Andere Berechnungen gehen von 500 Euro pro Tonne aus, wenn man die externen Schäden der Treibhausgasemissionen tatsächlich einrechnen würde. Für wirtschaftliche Gewinne sind solche Preise zu hoch, für den Klimaschutz sind die heutigen Preise bei weitem zu niedrig. Da die Klimaschäden von Treibhausgasen so enorm sind, müssten die Preise für CO₂ extrem ansteigen, was ganze Wirtschaftszweige in den Ruin treiben könnte. So ist es kein Wunder, dass der Emissionshandel bisher praktisch mehr der Ermöglichung von Emissionen als ihrer Vermeidung diene, da Emissionsrechte profitabel übertragen werden können. Experten sprechen hier von einem sogenannten »Wasserbetteffekt«: Werden die Emissionen an einer Stelle gedrückt, steigen sie an anderen Stellen an, weil es weiterhin ein dauerhaftes Überangebot an Emissionszertifikaten gibt, um der Wirtschaft nicht zu schaden. Zudem belastet die CO₂-Bepreisung vor allem kleine und durchschnittliche Einkommen, was bei außerordentlich hohen CO₂-Preisen, die für den Klimaschutz notwendig wären, entsprechend hohe Ausgleichszahlungen erforderlich machte. Hierfür aber bedürfte es einer entschlossenen wirtschaftlichen Umverteilung von den Reichen und Wohlhabenden zu den Normalverdienern und den Armen, wogegen es bekanntlich erheblichen politischen Widerstand gibt.

5. Geschieht der Umbau der Wirtschaft unter der Prämisse, ein »grünes Wachstum« in Gang setzen zu wollen, werden Ressourcenverbrauch, Emissionen und Umweltschädigungen viel weniger zurückgehen können als es zur Abbremsung der Klimakrise notwendig wäre. Setzt man den Klimaschutz prioritär und verteuert man die Energiepreise massiv, um fossile Brennstoffe aus dem Markt zu verdrängen, wird sich dagegen sofort Unmut bei großen Bevölkerungsgruppen regen, die dadurch erheblich an Kaufkraft verlieren, so dass die soziale Ungleichheit zunehmen würde. Strebt man hingegen eine ökonomische Umverteilung an, die vor allem die Wohlhabenden und Reichen belastet, um Klimaschutz zu finanzieren,

werden die wirtschaftlich stärksten Interessen ihre ökonomische und politische Vetomacht einsetzen, um genau dies zu verhindern.

Ganz ähnlich stellen sich diese Probleme in der Zivilgesellschaft und ihren unterschiedlichen Mustern der Lebensführung dar. Verteuert man die Preise für umweltschädliche Mobilität wie Flugreisen oder Kreuzfahrten, sind hiervon die Wohlhabendsten am wenigsten betroffen, die sich auch hohe Preise leisten können und sogar noch von der Exklusivität profitieren, die hohe Preise gewähren. Friert man die schädlichsten Formen der fossilen Energieversorgung und der Industrieproduktion ein, um Emissionen zu senken, würde dies mit dem Verlust vieler Arbeitsplätze bezahlt, wodurch Klimaschutz auf breite Ablehnung stieße. In der Sphäre der Alltagskultur wiederum stellt der ökologische Lebensstil, den vor allem die urbanen und besser gebildeten Mittelschichten öffentlich präsentieren, die eingelebten Muster der Lebensführung anderer sozialer Milieus in Frage, die hierin einen Angriff auf ihre eigene Respektabilität und ihre öffentliche Wertschätzung erblicken können.

6. Ob man will oder nicht: Aus der Unverträglichkeit vieler materieller Interessen und kultureller Lebensmuster, aus den vielen Zielkonflikten, die sich im Zuge eines ökologischen Umbaus ergeben, folgt, dass sozial-ökologischer Wandel nur durch ausgetragene Konflikte überhaupt erst möglich wird, bei denen manche Interessen zurückstehen müssen und anderen Vorrang eingeräumt werden muss. Dies begründet die Notwendigkeit, den dringend erforderlichen ökologischen Umbau im Interesse des Allgemeinwohls rechtfertigen zu können, was nur gelingen kann, wenn die Lasten dieses Umbaus gerecht verteilt werden, seine Vorzüge möglichst vielen zugutekommen und der Schutz der planetaren Lebensgrundlagen als wohlverstandenes Interesse aller begreifbar wird.

7. In einer solchen Konstellation käme es für die Klimapolitik darauf an, »relative Mehrheiten« und große Bevölkerungsgruppen für den ökologischen Umbau zu gewinnen. Politische Blockaden drohen jedoch insbesondere dort, wo Klimaschutz und ökologische Belange in soziale Interessen verstrickt sind, die auf ihre Berücksichtigung nicht lange warten können. Solange die Kosten für einen ökologischen Umbau hauptsächlich den unteren und mittleren Einkommenschichten aufgebürdet werden, sind sie kaum für Klimaschutz zu gewinnen. Mehrheiten für eine sozial-ökologische Transformation lassen sich nur errei-

chen, wenn die durchschnittlichen Haushalte und alle Haushalte darunter materiell und sozialpolitisch keinen Schaden nehmen und in ihren Lebenschancen von einer Politik des Gemeinwohls und der ökologischen Vorsorge profitieren. Dies erfordert eine ökologische Politik der Umverteilung – nicht nur »von oben nach unten«, sondern auch von privat zu öffentlich, um für die Herausforderungen der entscheidenden nächsten Jahre gewappnet zu sein.

8. Soll eine Klimakatastrophe noch abgewendet werden, wird man daher die soziale und die ökologische Frage gemeinsam in Angriff nehmen müssen. Ohne Auflösung von sozialen und kulturellen Frontstellungen wird der Klimakrise nicht beizukommen sein. Gegenwärtig spielen sich jedoch zahlreiche Konflikte zwischen sozialen Milieus um materielle Ressourcen, Lebenschancen und öffentliche Anerkennung ab. Nachhaltigkeit trat zu lange als eine moralische Aufforderung auf, zu der man sich individuell zu verhalten habe. Kostspieliger grüner Konsum, allgemeine Verzichtsappelle und das Vademecum eines vorbildlichen ökologischen Lebensstils ziehen zahlreiche soziale Abstoßungseffekte nach sich und bringen Milieus gegeneinander auf, die zur Lösung der dringendsten Umweltprobleme eigentlich gesellschaftlicher Bündnisse bedürften. Dem Aufbruch in die Klimaneutralität steht das Beharren auf gewohnten Konsummustern ebenso im Wege wie der Individualismus einer grünen Selbstverwirklichung oder ein neoliberales Freiheitsverständnis, dass sich auf Nutzenmaximierung und die private Willkürfreiheit beschränkt. Es braucht eine neue gemeinsame Politik, die allen eine Chance einräumt, teilhaben zu können am dringenden ökologischen Wandel, ohne sich dafür in Identitätskämpfe verstricken zu müssen.

9. In der öffentlichen Diskussion wird die Eindämmung des Klimawandels jedoch vor allem als individuelle Aufgabe jedes Einzelnen begriffen. Unzählige Aufrufe, ein verantwortlicher Konsument zu sein, der die Rettung der Erde zu seinem persönlichen Anliegen macht. Ohne Frage müssen sich viele alltägliche Verhaltensweisen, Gewohnheiten und Routinen ändern, die heute noch auf einem schonungslosen Umgang mit der Umwelt beruhen. Jeder ökologische Umbau bedarf zu seiner Realisierung der Verankerung in den Alltagswelten der Menschen. Die Frage ist nur, wie das möglichst nachhaltig und schnell erreicht werden kann, verbleibt uns doch nur noch ein knappes Jahrzehnt, um die dringlichsten Schritte bei der Eindämmung der Klimakrise zu vollziehen.

Ein prominenter Vorschlag aus den Reihen des renommierten Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (Hans Joachim Schellnhuber) lautet in diesem Zusammenhang, das CO₂-Budget jedes einzelnen Bürgers auf 3 Tonnen pro Jahr zu begrenzen, damit die Pariser Klimaziele eingehalten werden können. Gegenwärtig liegt der durchschnittliche Ausstoß von CO₂-Äquivalenten in Deutschland bei etwa 11 Tonnen pro Person. Bis 2030 ergäbe sich damit eine notwendige Reduktion in der Treibhausgasbilanz jedes Einzelnen um mehr als 70 Prozent. Fasst man die Erreichung dieser Ziele als individuelle Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger auf, gerät Klimaschutz sofort an seine gesellschaftlichen und auch stofflichen Grenzen. Weder Verzicht und Askese noch die Umstellung auf nachhaltigen Konsum können realistischere solche Minderungen in der persönlichen Öko-Bilanz erbringen. Bereits eine Studentin, die ein geringes Einkommen hat und wenig konsumiert, mit mehreren Mitbewohnerinnen auf engem Raum lebt, kein Auto besitzt, das Fahrrad oder den öffentlichen Nahverkehr nutzt und keine Flugreisen unternimmt, kommt heute auf etwa 5,5 Tonnen CO₂ im Jahr und liegt damit um bald das Doppelte über dem besagten CO₂-Budget. Selbst eine vegane Ernährung würde ihr nicht zu einem klimafreundlichen Leben verhelfen, fallen doch auch für die pflanzlich basierte Ernährungsweise bereits 1,2 Tonnen CO₂ pro Jahr an, womit sie schon mehr als ein Drittel ihres persönlichen CO₂-Budgets von 3 Tonnen verbrauchte.

Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr und Gebäude setzen fast 90 Prozent aller Treibhausgasemissionen in Deutschland frei. Zusammengenommen gehen dadurch etwa 83 Prozent an CO₂-Äquivalenten auf energiebedingte fossile Emissionen zurück. Angesichts dessen stellt sich das rein individuelle Bemühen um ökologische Nachhaltigkeit als weitgehend vergebliche Anstrengung heraus, weil es von den existierenden Infrastrukturen schlichtweg nicht zugelassen wird.

10. Auch täuschen individuelle Durchschnittswerte der Umweltbelastung darüber hinweg, dass die Emissionen tatsächlich sozial höchst ungleich verteilt sind. Während die ärmeren 50 Prozent der deutschen Einkommensklassen mit etwa 6 Tonnen pro Jahr ungefähr so viel CO₂ emittieren wie die eben angeführte ökologisch bewusste Studentin, beträgt der Ausstoß von Treibhausgasen bei den wohlhabendsten 10 Prozent mit 33 Tonnen pro Jahr fast sechsmal so viel, beim reichsten 1 Prozent mit 105 Tonnen fast das 35fache. Auch tragen die ärmeren zwei Drittel der

deutschen Bevölkerung am meisten zur Einsparung von CO₂ bei. Zwischen 1991 und 2019 sind die Emissionen in Deutschland um mehr als ein Drittel gesunken. Doch während die ärmeren zwei Drittel der Bevölkerung ihre Emissionen um mehr als 34 Prozent reduzierten, sparte das reichere Drittel nur unterdurchschnittlich ein und legten die reichsten 10 Prozent beim CO₂-Ausstoß sogar um bis zu 10 Prozent zu.

Nimmt man die Vorgabe des deutschen Klimaschutzgesetzes, wonach ab 2030 pro Kopf nicht mehr als etwa 5,3 Tonnen CO₂ verursacht werden sollten, liegt die ärmere Hälfte der Bevölkerung bereits heute fast auf dem für 2030 angestrebten Niveau. Dennoch müssen ärmere Haushalte damit rechnen, dass CO₂-Abgaben Konsum und Lebensführung verteuern und Klimapolitik ihre Kaufkraft merklich verringert. Kann es gerecht sein, von denjenigen, die schon jetzt fast auf dem angestrebten Emissionsniveau sind, erheblich größere materielle Anstrengungen für den Klimaschutz zu verlangen als von denjenigen, die teils dutzendfach darüber liegen und die obendrein von den Auswirkungen des Klimawandels viel weniger betroffen sind?

Ökologische Verzichtsforderung ohne jede soziale Differenzierung nehmen also gerade jene breiten Bevölkerungsgruppen in Haft, die deutlich geringer zu den Treibhausgasemissionen beitragen und wesentlich mehr an CO₂ in den letzten Jahrzehnten eingespart haben. Damit wird auch in Ländern wie Deutschland der Klimawandel zu einem Gerechtigkeitsproblem, an dem sich soziale Konflikte um die faire Verteilung von Lasten entzünden.

11. Durch die unterschiedslose Zurechnung von Umweltschäden auf den Einzelnen werden die Ursachen ökologischer Schäden individualistisch verzerrt, die sozialstrukturellen Einflussfaktoren ausgeblendet, die Notwendigkeit eines schnellen strukturellen Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft von der politischen Agenda verdrängt. Nachhaltigkeit verdünnt sich zur Attitude eines besonderen ökologischen Lebensstils mit moralischen Extraprofiten, was zahlreiche soziale Verwerfungen zur Folge hat. Verwandelt sich Klimaschutz in eine eigenverantwortliche Aufgabe der Person, wird er von der öffentlichen in die private Sphäre verschoben. Hier aber, im privaten Bereich, unterliegen die Bemühungen um eine ökologische Lebensführung einem selbstinduzierten Scheitern.


In der Umweltpolitik wird dem individuellen ökologischen Fußabdruck jedoch gerade deswegen so viel Gewicht beigemessen, weil er die Bürgerinnen und Bürger in die Pflicht nimmt, während es doch die Regierungen sind, die den ökologischen Wandel entschlossen einleiten sollten. So hat etwa kürzlich der Bundesfinanzminister die Auffassung vertreten, dass nicht etwa die Verkehrspolitik der Regierung die Klimaziele verfehlt habe, sondern die Bürgerinnen und Bürger, die auf ihre Mobilität nicht verzichten wollten. Der private Konsum- und Lebensstil wird so von den materiellen Infrastrukturen der Gesellschaft getrennt, die ihn doch erst ermöglichen können. All dies lenkt davon ab, dass in kurzer Zeit die großen Systeme von Energieversorgung, Industrieproduktion, Verkehr, Gebäude- und Landwirtschaft klimagerecht umgebaut werden müssen, wovon dann auch die CO₂-Bilanz aller einzelnen profitiert.

12. Wirksamer und sozial gerechter ist es daher, Nachhaltigkeit als ein kollektives Gut nachhaltiger Infrastrukturen zu organisieren, deren Funktionen ökologisch verträglich gestaltet werden und deren Nutzung prinzipiell allen Bürgerinnen und Bürgern offensteht. Dann bedürfte es keines grünen Konsums als marktgetriebener Distinktionsstrategie und auch keiner öffentlichen Erziehungsprogramme zwecks Verinnerlichung von Verzicht. In seinem Urteil zum Klimaschutz vom März 2021 hat das Bundesverfassungsgericht solche Strukturveränderungen angemahnt. Sie können nur durch eine staatliche Ordnungspolitik durchgesetzt werden, die materielle Infrastrukturen als öffentliche Güter zur Verfügung stellt, wo privatwirtschaftliche Interessen der Sache des Klimaschutzes entgegenstehen. Die Dekarbonisierung der Industrie verlangt zudem eine politische Mengensteuerung der Treibhausgasemissionen, damit die globale Erwärmung zumindest bei 2°C noch aufgehalten werden kann. Energieversorgung, Produktion und Verkehr bedürfen daher klarer klimapolitischer Leitlinien, die schon kurzfristig obligatorisch werden müssen. Soll Nachhaltigkeit in diesem Jahrzehnt nicht zum sozialen Sprengsatz werden, braucht es schließlich eine sozial-ökologische Gesellschaftsreform, die Lasten gerecht verteilt, Lebenschancen für die Verlierer am Ende des fossilen Zeitalters eröffnet und Obergrenzen bei besonders klimaschädlichen Gütern des gehobenen Wohlstandskonsums und bei der Herstellung von Wegwerfprodukten durchsetzt.

13. Gefragt ist mit anderen Worten ein tiefgreifender Umbau der gesellschaftlichen Grundver-

sorgung und ihrer materiellen Infrastrukturen, um die existenziellen Risiken, die der Klimawandel für die Allgemeinheit darstellt, noch abwenden oder zumindest eingrenzen zu können. Dass dem Staat beim Schutz vor solchen Risiken eine besondere Verantwortung zukommt, ist historisch betrachtet nichts Neues. Auch in zurückliegenden Zeiten – zuletzt aufgrund der Corona-Pandemie – wurden staatliche Instanzen in die Pflicht genommen, wenn es galt, kollektiven Gefährdungen der gesamten Bevölkerung möglichst wirkungsvoll zu begegnen.

Der »Ruf nach dem Staat« und nach einer entschlossenen sozial-ökologischen Ordnungspolitik spricht die Einzelnen und insbesondere wohlhabende Sozialgruppen nicht von jeder eigenen

Verantwortung für den Klimaschutz frei. Die vorrangige Aufgabe ist es jedoch, die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, unter denen sich die Konsumgewohnheiten, Alltagsroutinen und Bedürfnispräferenzen großer Bevölkerungsgruppen tatsächlich ökologisch verändern lassen. Ändern sich die praktischen Rahmenbedingungen des alltäglichen Handelns, wird dieses selbst in Bewegung gesetzt. Das Individuum muss nicht erst zu einem besseren Menschen erzogen werden, bevor es das ökologisch Richtige tut. Es tut es, indem es neue Möglichkeiten nutzt, und sich dadurch auch selbst verändert. Veränderungen der Verhältnisse verändern auch das Verhalten – daran sollte sich heute die Klimapolitik orientieren! 

Kommentar zu den Thesen von Prof. Dr. Sighard Neckel

Jens Kerstan

Hamburg, Palais Esplanade, 19. April 2023

Meine Damen, meine Herren, vielen Dank, dass ich die Gelegenheit bekomme, bei diesem Austausch zu erwidern und mich an der Diskussion zu beteiligen. Als ausgebildeter Volkswirt bin ich mit dem Großen und Ganzen vertraut, aber jetzt ist meine Perspektive natürlich eine andere, nämlich die eines Politikers, das heißt, die eines Handelnden. Ich bin jetzt eine ganze Weile hier in Hamburg in der Politik. Und die Hamburger Politik – als Landes- und zugleich Kommunalpolitik – unterscheidet sich von anderer Politik durchaus dadurch, dass sie weniger weit von der Umsetzung entfernt ist als das bei anderen Landesregierungen oder der Bundesregierung der Fall ist. Ich habe das Privileg, die Gesetze, die wir verabschieden, und die Verordnungen, die ich erlasse, auch selbst, unter anderem als Aufsichtsratsvorsitzender kommunaler Unternehmen, umsetzen zu dürfen. Das ist die Perspektive eines Handelnden und vor diesem Hintergrund habe ich ein besonderes Interesse an Handlungsoptionen und Instrumenten, an ihrer Wirksamkeit und den Bedingungen, unter denen sie wirken können. Das ist etwas sehr anderes als eine wissenschaftliche oder eine analytische Draufsicht. Insofern begrüße ich sehr, dass ich heute die Gelegenheit bekomme, die Perspektive zu wechseln und mich mit der anderen Seite intensiv auszutauschen. Eine solche Debatte hilft, sich zu vergewissern,

inwieweit die eigene Orientierung den Ansprüchen Rechnung trägt, die aus der Wissenschaft kommen, aus der Soziologie oder den Naturwissenschaften, oder aus der gesellschaftspolitischen Debatte. Das finde ich sehr befruchtend.

Um es vorwegzunehmen: Die Thesen von Herrn Neckel teile ich in weiten Teilen. Wenn es um die Analyse der Situation geht, um die Problematik, mit der wir konfrontiert sind, was die einzelnen Blockaden und die einzelnen Probleme bei der Bewältigung der Klimakrise sind: Da sind wir überhaupt nicht weit auseinander, da müssen wir heute kein Streitgespräch führen. Was folgt daraus – aus dieser sehr grundlegenden Kritik? Den letzten Satz fand ich sehr bemerkenswert. Ich hatte mir notiert, da hätte ich mir jetzt doch ein paar mehr Sätze gewünscht, was daraus folgen soll, denn das ist meine tägliche Aufgabe. Und darum erlauben Sie mir, dass ich nicht auf alle Thesen im Einzelnen eingehe, sondern mich auf die stärker handlungsleitenden Punkte konzentriere. Das können wir in der Diskussion noch weiter vertiefen.

Erst einmal vorweg: Ich teile zu hundert Prozent die Ansicht, dass es ein völlig fehlgeleiteter Ansatz ist, die Aufgabe des Klimaschutzes zu privatisieren, also dem Einzelnen zuzuschieben. Ich finde, dazu passt eine wirklich wunderschöne Anekdote, die leider nicht erfunden, sondern wirklich wahr ist: Wer hat eigentlich den ersten

Rechner für individuelle CO₂-Emissionen, die Emissionen von Bürgerinnen und Bürgern, in die Welt gesetzt? Soweit ich weiß, ist der erste Carbon Footprint Rechner von der Firma BP entwickelt und ins Netz gestellt worden. Und seitdem beschäftigen sich alle damit: Welches Auto fahre ich? Esse ich zu viel Fleisch? Sollte ich nicht vielleicht mit einem Fahrrad an die Ostsee fahren, anstatt in den Urlaub zu fliegen? Und wenn ich alles richtig mache, dann ist das bei einem Carbon Footprint Rechner so: dann ist die Welt gerettet. Wenn wir alle kein Fleisch mehr essen, wenn wir alle nur noch Fahrrad fahren, wenn wir nicht mehr fliegen und wenn wir uns eine Solaranlage aufs Dach schrauben. Und das ist natürlich überhaupt nicht der Fall. Da hat Herr Neckel vollkommen recht. 90 Prozent der CO₂-Emissionen werden durch die Produktion der Energie und der industriellen Produkte, die wir verwenden, verursacht. Selbst wenn man bei den genannten Punkten alles richtig macht, hat das wenig Einfluss. Insofern muss ich sagen: Chapeau! Das ist, glaube ich, wirklich das beste Ablenkungsmanöver bei einer sehr existenziellen Frage unserer Gesellschaft, das jemals gelungen ist. Und ich finde es erstaunlich, dass wir alle immer noch fröhlich und mit so einer Inbrunst darüber diskutieren, anstatt über die wirklich wichtigen Dinge zu reden.

Vielleicht das einmal vorweg: Ich muss sagen, dass ich den langjährigen Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung Hans-Joachim Schellnhuber sehr schätze, den Sie, Herr Neckel, mit seinem Vorschlag eines individuellen CO₂-Budgets erwähnt haben. Robert Habeck, der Bundeswirtschaftsminister, hat das schon sehr eindeutig zurückgewiesen. Das sehe ich auch so. Ich will hier zur Ehrenrettung des Potsdam Instituts sagen, dass dies ein privates Steckenpferd von Herrn Schellnhuber zu sein scheint. Denn in den offiziellen Veröffentlichungen des Instituts ist dieser Ansatz nicht zu finden.

Wenn man sich das Niveau der Debatten bei Anne Will oder Maischberger ansieht, dann sind doch große Teile der Bevölkerung deutlich weiter, als man es glauben würde. Andererseits habe ich, als ich Ihre Thesen, Herr Neckel, gelesen habe, davon, welche Instrumente jetzt gerade in der Anwendung sind und an welchen Dingen die Politik, wenn sie denn handelnd ist, wirklich arbeitet, vieles dort nicht wiedergefunden. Da sind wir doch schon ein Stück weiter. Gerade in unserer Stadt ist bereits eine Menge in Bewegung geraten, das ich auch gerne in der Debatte gleich ansprechen möchte.

Aber ich möchte, obwohl ich den Ansatz von Ihnen teile, dass man auf dem falschen Weg ist, wenn man den Klimaschutz privatisiert, doch sagen – gar nicht, um Ihnen zu widersprechen, sondern eigentlich nur um zu ergänzen –, dass natürlich eine gewisse Aussage über Pro-Kopf-Emissionen auch immer hilfreich und sinnvoll ist, die man auch deshalb nicht gänzlich zur Seite legen sollte. Wenn man die Pro-Kopf-Emissionen nach Einkommens- oder Vermögenslage differenziert, dann hat man auch ein sehr deutliches Bild der sozialen Frage, so wie Sie es entworfen haben. Das haben Sie sehr eindrücklich und sehr überzeugend dargestellt. Und ich kann auch die Leute gut verstehen, die sich einfach im Leben, im Alltag richtig verhalten wollen. »Es gibt kein richtiges Leben im Falschen« ist, glaube ich, nicht das Richtige und darum werden wir als Behörde auch weiterhin der Bevölkerung Energiespar-Tipps geben, Beratung anbieten und auch leitende Hinweise, ohne damit zu glauben, dass die sehr komplexen Probleme damit gelöst wären.

Und das dritte, was mir noch wichtig ist: Wir reden, wenn es um das Pro-Kopf-Budget geht, immer nur über uns in unserer Rolle als Konsumenten. Das mag im Kapitalismus ja auch eine ganz schöne Betrachtungsweise sein. Das überfordert aber natürlich Konsumenten und Konsumentinnen. Da wird ihnen eine Rolle zugewiesen, die sie gar nicht erfüllen können. Allein schon, wenn man im Laden ist, die Informationen zu haben, die man bräuchte, um Lieferketten globaler Art nachvollziehen zu können, um wirklich die erwünschten lenkenden Entscheidungen zu treffen, ist ja gar nicht möglich. Aber was dagegen zu wenig betont wird, ist die individuelle Verantwortung von uns allen als Staatsbürger, denn als Staatsbürger sind wir alle auch politisch Handelnde. Ich sage, in unserer Staatsform wird die Regierung durch Wahlen bestimmt und alle haben die Regierung, die sie verdienen, nämlich die, die sie gewählt haben; dann kann man genau da ansetzen, anstatt nur über das eigene Konsumverhalten zu reden.

Ganz häufig hatte ich bei Ihren Thesen die Frage, ja, das ist eine gute Analyse, soziale Konflikte müssen ausgetragen werden und sie müssen dann auch gelöst werden – aber wie macht man das? Darum vielleicht noch vorweg: Wenn Sie erwarten, dass ich gewisse grüne Milieus in der Debatte hier verteidige, die strickenden Männer im Norweger Pulli oder die Aussteiger auf dem Bauernhof oder ähnliches, muss ich sagen, dass das natürlich eine Schablone ist, die nicht wirklich auf eine Partei zutrifft, die in dieser Stadt in

der letzten Wahl 25 Prozent erreicht hat. Damit will ich die Rolle dieser Milieus gar nicht klein machen. Das war damals wirklich eine Minderheitenmeinung, die belächelt und verspottet wurde. Und die mussten viel erdulden. Mittlerweile haben sie mit den Themen aber Hegemonie erungen.

Sie haben richtigerweise gesagt, Herr Neckel, Nachhaltigkeit will jeder. Aber was heißt das? Wenn ich in den elf Landesregierungen mit grüner Beteiligung gucke, dann finden sie da nicht so wahnsinnig viel von grünen Milieus, sondern da geht es eigentlich eher darum, was macht man jetzt? Da ist nicht die entscheidende Frage: Brauchen wir jetzt einen Systemwechsel? Gibt es einen grünen Kapitalismus? Kann es eine grüne Marktwirtschaft geben? Oder grünes oder nachhaltiges Wachstum, das verträglich ist? Dazu muss ich Ihnen sagen: Wenn man jetzt wirklich eine Revolution braucht, dann wird die nicht aus der Verwaltung kommen, und schon gar nicht aus der Hamburger Verwaltung. Das ist aber, glaube ich, auch gar nicht schlimm. Denn es ist doch so: Wenn man nicht nur auf Deutschland, nicht nur auf Hamburg guckt – wir haben ja manchmal eine sehr beschränkte Sichtweise – wenn man sich 1,4 Milliarden Inder anguckt oder dieselbe Zahl an Chinesen, von denen viele am Rande des Existenzminimums leben: Es wird Wachstum geben auf der Welt und sogar in beträchtlichem Maßstab. Und darum, selbst wenn man nicht glaubt, dass das die alles entscheidenden Punkte sind, ist es auch nicht falsch, in der Marktwirtschaft ökologische Leitplanken einzuziehen. Denn ein gewisses Wachstum ist auch – angesichts einer Weltbevölkerung, die einfach nachzieht in ihren Lebensbedürfnissen, die befriedigt werden müssen – eine Frage der Gerechtigkeit. Und darum ist es richtig, dass man über marktwirtschaftliche Instrumente nachdenkt. Aber wenn es darum geht, wie wir jetzt die verschiedenen sozialen Konflikte lösen, die Sie richtigerweise angesprochen haben, dann, glaube ich, ist die Frage weniger die nach Wachstum, sondern eigentlich eher die nach Wohlstand.

Was wollen wir denn erreichen mit dem Wachstum? Wenn man sich diese Frage stellt, kommen automatisch die Aspekte zum Tragen, die in dieser Bruttoinlandsprodukt-pro Kopf-Rechnung gar nicht vorkommen, nämlich Gemeingüter, öffentliche Infrastruktur und Ähnliches. Um es deutlich zu sagen: Wie soll denn ein Bürger unserer Stadt sich ökologisch verhalten, wenn die Infrastruktur dieser Stadt so ausgebaut ist, dass man sich gar nicht ökologisch verhalten kann, wenn derjenige,

der es tut, nicht belohnt, sondern teilweise bestraft wird oder unbillige Härten und Anstrengungen auf sich nehmen müsste, während denen, die sich nicht darum kümmern, der rote Teppich ausgerollt wird. Insofern, glaube ich, ist ein ganz entscheidender Punkt, mit dem sich Politik beschäftigen sollte: Wie bauen wir diese Stadt, wie bauen wir dieses Land so um, dass Bürgerinnen und Bürger sich dort ökologisch, nachhaltig, zukunftsfähig, verantwortlich verhalten können? Und da muss ich sagen, dass, wenn man auf Hamburg guckt, – ich beschränke mich jetzt auf unser Wirkungsfeld hier – dass die Hamburger Stadtöffentlichkeit in den letzten Jahren erheblich weiter ist, als das in Ihren Thesen zum Ausdruck kommt.

2003 hatten wir eine Volksinitiative gegen die damals geplante Privatisierung der Wasserversorgung. Die war ein derartig durchschlagender Erfolg, dass alle, die Privatisierung damals betrieben haben, dementiert haben, dass sie das jemals vorgehabt hätten. Und wir haben seitdem eine Wasserversorgung in öffentlicher Hand – als eine der wenigen Großstädte dieser Welt, die das Wasser allein aus Grundwasser bezieht und nicht aus Flusswasser aufbereitet, was ein hohes Gut darstellt. Seit 2007 haben wir an der Rekommunalisierung der Energienetze und der Fernwärmeversorgung gearbeitet. 2010 ist die Volksinitiative gestartet, 2013 ist nach wirklich heftigsten politischen Auseinandersetzungen der Volksentscheid denkbar knapp gewonnen worden mit 51,6 zu 49,1 Prozent, also mit ein paar tausend Stimmen, die den Unterschied gemacht haben. Und bis 2018 wurden auf dieser Grundlage unsere Energienetze rekommunalisiert, das größte Rekommunalisierungsprogramm, das diese Republik erlebt hat. Im Grunde genommen sind die öffentlichen Unternehmen, von denen ich mittlerweile das Privileg habe, der Aufsichtsratsvorsitzende zu sein, das Rückgrat der Klimapolitik des Senats. Und wir haben dort viele Dinge in Gang gesetzt, die jetzige Bundesregierung gerade versucht für ganz Deutschland nachzuvollziehen.


Neben der Infrastruktur für Wasser, Energie und Verkehr ist der andere wichtige Punkt natürlich der Grund und Boden in dieser Stadt, der ein ganz entscheidendes öffentliches Gut darstellt, gerade auch für die Lebensqualität. Auch da hat eine Volksinitiative »Hamburgs Grün erhalten« viel erreicht. Die Initiative hat mit dem Senat verhandelt und gemeinsam haben wir Verfahren erarbeitet, die Qualität des Grüns unserer Stadt erst mal genau erfassen, haben über Prozesse diskutiert und Vereinbarungen getroffen, um die

Qualität zu verbessern und das zu monitoren, um sicherzustellen, dass das in einer wachsenden Stadt auch möglich ist. Daher ist Hamburg im Moment im Bundesvergleich das Land, das fast 10 Prozent seiner Fläche unter Naturschutz gestellt hat, das im Biotopverbund bei 22 Prozent liegt – bundesweit sind 15 Prozent gefordert – und das ein umfassendes grünes Netz hat. Insofern ist dieser Wert der Fläche in der Bevölkerung durchaus als ein wichtiges Gut anerkannt. Und die Bevölkerung hat sich in die Politik eingebracht und dort Veränderungen herbeigeführt.

Gerade diese Initiative »Hamburgs Grün erhalten« ist ein sehr gutes Beispiel, wie eine Zivilgesellschaft mit der Verwaltung und mit der Wissenschaft zusammenarbeitet, um etwas zu verbessern in dieser Stadt. Das heißt natürlich nicht, dass jetzt schon alles super ist. Aber ich gebe Ihnen recht: Diese Marktgläubigkeit, wonach wir jetzt gar kein Ordnungsrecht mehr brauchen, wir gar keine Regeln mehr setzen sollen, sondern der Markt alles regelt, indem der Preis hoch geht – das ist eine etwas zu naive Vorstellung. Im Energiebereich gibt es gar keinen Markt. Da werden die Preise nicht durch Angebot und Nachfrage auf irgendwelchen Märkten ermittelt, sondern da legt die Politik die Regeln fest, nach denen sich die Preise bilden. Und da stellt man jetzt fest, und Sie kritisieren das ja zu Recht, dass zum Beispiel die CO₂-Bepreisung, der Emissionshandel, im Moment noch nicht den Effekt erzielt, den es bräuhete. Ganz einfach, weil in dem Moment, wo Preis erhöhungen anstehen, politisch eingegriffen wird. Aber andererseits ist ja die Frage, was würden wir denn tun, wenn solche Instrumente nicht mehr zur Verfügung stünden? Und da möchte ich drauf hinweisen: Wenn man eine Politik hat, die die öffentlichen Güter, die Infrastruktur sicherstellt und andere Dinge durch Preissignale zu steuern versucht, kann man in dieser Kombination eine ganze Menge erreichen.

Natürlich ist der CO₂-Preis im Moment zu niedrig, aber er wird gerade auf den Mobilitäts- und auf den Gebäudesektor ausgeweitet. Die zur Verfügung stehenden Zertifikate werden regelhaft verknappt und die Mittel fließen in Klimaschutzmaßnahmen. Das ist jetzt der Blick eines Praktikers. Was geht unter den heutigen Bedingungen? Mehrheiten werden gewählt und dann gibt es aber Situationen, wo in Koalitionsverhandlungen

eine Erhöhung des CO₂-Preises im Emissionshandel festgelegt worden ist, aber in der nächsten Krise diese Schritte aufgehoben werden. Da ist wieder der Punkt: Da braucht es keine mündigen Konsumenten, sondern mündige Staatsbürger, die sich in Debatten einbringen, die ihre Abgeordneten ansprechen, die auch unterscheiden können, dass es nicht »die Politik« gibt, sondern unterschiedliche Kräfte in der Politik und im Parteiensystem, Staatsbürger, die unterscheiden können, dass die einen dies und die anderen das vertreten. Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass es gelingen kann, diese Konflikte, die Sie angesprochen haben, in einem gesellschaftlichen Diskurs offensiv anzugehen und schrittweise zu lösen.

Der Schlüssel ist am Ende wirklich die Infrastruktur. Ich glaube, Bundesfinanzminister Lindner macht sich schon ein bisschen lächerlich, wenn er in der Verkehrspolitik angesichts der Bilanz, die sein Verkehrsminister Herr Wissing dort hingelegt hat, den Bürgerinnen und Bürgern versucht, die Schuld zuzuschieben. Aber so wie in Hamburg – da bin ich ganz optimistisch – wird es auch im bundesweiten Diskurs gelingen, die Politik auf die entscheidenden Fragen zurückzubringen, und das ist die Aufgabe der öffentlichen Güter, der Infrastruktur. Da ist am Ende natürlich die soziale Frage eine entscheidende. Dazu komme ich jetzt nicht mehr, ich bekomme schon ein Zeichen, ich soll mich kürzer fassen. Aber das ist, glaube ich, auch ein Gemeinplatz. Ohne die soziale Frage zu beantworten, kann man die Klimakrise nicht bekämpfen. Das ist eigentlich Kern des Nachhaltigkeitsbegriffs gewesen, bevor er so inflationär und für alles Mögliche, für dieses und jenes, verwendet wurde. Darauf muss man zurückkommen und das bedeutet am Ende öffentliche Infrastruktur in öffentlicher Hand, dem Gemeinwohl verpflichtet, unter öffentlicher Kontrolle von Bürgerinnen und Bürgern, die alle vier Jahre Bilanz ziehen und mit ihrer Stimme Konsequenzen einfordern. Das ist vielleicht nicht das Patentrezept, aber in der jetzigen Situation ein Mittel, das zumindest hier in Hamburg dazu geführt hat, dass unsere Infrastruktur jetzt nicht mehr an Kapitalinteressen, an einer Rendite von 15 oder 20 Prozent orientiert ist, sondern auf das ausgerichtet ist, was wir alle gemeinsam machen müssen: Erneuerbare Energien ausbauen sowie ressourcenschonend und klimaverträglich unsere Stadt voranbringen. Vielen Dank. 

Klimapolitik contra Sozialpolitik?

Klimapolitik kann nur funktionieren, wenn sie ressortübergreifende Sozialpolitik ist

Kristin Alheit

Der folgende Text stellt ein von der Autorin für die epd-Dokumentation bearbeitetes und ergänztes Resümé des Abschlusspodiums der Tagung dar.

Die Klimakrise und wie wir zurzeit damit umgehen, (be)trifft uns alle. Aber sie trifft arme, schwache und kranke Menschen besonders hart. Je weniger Geld jemand hat, je schlechter die Gesundheit ist, desto gravierender sind die individuellen Auswirkungen und desto weniger Ressourcen hat man für persönliche Schutzmaßnahmen. Steigende Preise bei Lebensmitteln, weil die Ernten schlechter ausfallen; Hitzeschutzmaßnahmen in den eigenen vier Wänden; kleine Fluchten aus der zugebauten Stadt zum Durchatmen in Garten oder Ferienhaus: Für Menschen mit kleinem Geldbeutel unerschwinglich.

Und nicht nur der Klimawandel betrifft uns alle, auch die Maßnahmen, mit denen wir ihm begegnen und ihn bremsen wollen, betreffen alle. Und das ist besonders ungerecht, weil nicht alle gleich stark verantwortlich sind für die Klimakrise.

Die einkommensstärksten 10 % aller Haushalte in der EU sind für ein Viertel der CO₂-Emissionen verantwortlich. Doch was tun sie? Während die ärmste Hälfte der Haushalte in den letzten Jahren ihren CO₂-Ausstoß um 24 Prozent reduziert hat, sparten die Haushalte mit mittlerem Einkommen dagegen nur 13 % ein und die reichsten 10 % der Haushalte legten sogar um 3 % zu.

Das heißt: Diejenigen, die am ehesten die finanziellen Mittel haben, die Kosten des Klimawandels zu schultern, sind auch diejenigen, die am meisten dazu beigetragen haben. Und diejenigen, deren Anteil daran am geringsten ist, leiden am meisten darunter. Das gilt hier, in einem so reichen Land wie Deutschland, in einer so reichen Stadt wie Hamburg. Das gilt aber auch global, wenn wir auf die Industrienationen und die Entwicklungsländer schauen.

Es ist nicht gerecht, wenn an den lautesten und feinstaubbelastetsten Straßen oder in den am schlechtesten gedämmten Häusern die Menschen wohnen, die sich keine besseren Wohnungen oder Wohnlagen leisten können. Während es

vielfach die vermögenden Bevölkerungsteile der Stadt sind, die mit großen Autos umherfahren oder in ihrem eigenen Garten frische Luft atmen. Und vielleicht sogar eine Solaranlage auf dem Dach haben und stolz darauf sind.

Klimapolitik ist sehr wichtig, viel zu wichtig, als dass wir noch lange Zeit hätten, über die konkrete Art und Weise zu diskutieren. Aber eines muss unbedingt klar sein: Klimapolitik muss Sozialpolitik sein. Wir können unsere Klimaziele nur erreichen, wenn wir alle Menschen mitnehmen. Wenn wir die Kosten nicht gleich, sondern gerecht verteilen! Wenn wir dafür Sorge tragen, dass alle Menschen unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten nachhaltig und ökologisch verträglich leben können.

Mehr noch, Klimapolitik muss viel mehr sein. Sie muss zugleich Bildungspolitik, Agrarpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, aber auch Außen- und Entwicklungspolitik sein. Sie muss ganzheitlich gedacht werden, denn uns steht eine große Transformation bevor, deren Auswirkungen sehr weitreichend sein werden, vor allem, wenn sie nicht rechtzeitig und nicht gut genug gemacht wird. Sie muss nun zügig voranschreiten, aber sie muss alle mitbedenken, denn sie betrifft alle.

Das wird für niemanden leicht. Für die Politiker*innen nicht, die in Wahlzyklen gefangen sind und von denen erwartet wird, dass sie komplexe Zusammenhänge schnell und richtig entscheiden und in wenigen Sätzen verständlich kommunizieren. Für die Bevölkerung nicht, weil sie darauf vertrauen muss, dass die Expert*innen die richtigen Entscheidungen treffen und die entstehenden Unannehmlichkeiten das kleinere und notwendige Übel sind, um Schlimmeres abzuwenden.

Da sind Proteste und Konflikte vorprogrammiert, die gehören zu einer sich wandelnden Gesellschaft in einer Demokratie dazu. Aber wir müssen auch voneinander und füreinander lernen.

Wenn unser Staat nicht eine Öko-Diktatur werden will – und davon sind wir zum Glück weit entfernt – dann braucht es das Verständnis und das Einverständnis der Bevölkerung für einschneidende Maßnahmen.

Durch die notwendigen Transformationen und Veränderungen von Verhaltensweisen wird es Verlierer*innen geben, werden Jobs wegfallen und Sicherheiten verloren gehen. Ganze Bereiche, die es heute noch gibt, werden in wenigen Jahren so nicht mehr existieren, dafür werden neue Arbeitsfelder und neue Arbeitsplätze geschaffen. Nicht jede*r wird davon profitieren. Das muss die Gesellschaft aushalten und auffangen. Es ist mitentscheidend, dass wir den Menschen, die jetzt schon von Teilhabe, Wohlstand oder Gesundheit weitgehend abgehängt sind, die Angst nehmen, dass sie bei den bevorstehenden Transformationsprozessen noch weiter zurückfallen. Und die, denen es jetzt (noch) gut geht, haben ebenfalls Angst. Angst, dass ihnen etwas verloren geht, dass ihr Leben schlechter wird. Auch das kann man nicht einfach wegreden.


Daher muss ganzheitlicher und nicht fokussiert auf Einzelmaßnahmen gedacht werden. Eine Klimapolitik, die nicht zugleich eine ressortübergreifende Sozialpolitik ist, wird auf ganzer Linie scheitern. Sie wird zu große Teile der Bevölkerung nicht mitnehmen. Nicht mitnehmen im Verständnis, nicht mitnehmen im Handeln.

Der bevorstehende Prozess wird für viele schmerzhaft sein. Doch dies wird nötig sein, um Schlimmeres zu verhindern. Für unsere Kinder und Enkel, für die Natur, für eine lebenswerte Umwelt für alle Menschen.

Eine Gesellschaft funktioniert nur als Ganzes, und am besten nach dem Prinzip: die Stärkeren helfen den Schwächeren. Die, die mehr leisten können und zumeist auch eine größere Umweltbelastung bewirken/bewirkt haben, müssen stärker zur Verantwortung gezogen werden. Sie sind die

breiten Schultern, die bisher das wirtschaftliche Wachstum, den Konsum und den CO₂-Ausstoß angekurbelt haben. Nun müssen sie den ökologischen Wandel ankurbeln. Sie sind in der Lage dazu, wenn die Politik sie entsprechend geleitet. Sie können Vorreiter*innen und Wegbereiter*innen für alle sein. Und auch die, die wenig Geld haben, können Bereiche in diesem Prozess finden, in die sie sich einbringen können, können Teil der Veränderung werden und mitgestalten. Politik muss ihnen das ermöglichen.

Noch sind wir der Lage nicht ganz ausgeliefert, noch können wir handeln. Doch wir müssen aufhören, nur in homöopathischen Dosen vorzugehen. Mir scheint das momentan die politische Lösungsstrategie zu sein, damit niemand merkt, wie einschneidend es noch werden wird. Doch das wird uns in ein paar Jahren um die Ohren fliegen, dann wird Schluss sein mit Mäuseschritten, dann muss es schnell gehen, wenn wir noch etwas bewirken wollen. Dann werden die Konflikte noch größer, noch heftiger, da sind die Proteste der sogenannten Klimakleber, die mehr Tempo fordern, nichts dagegen und vielleicht das Zeichen von jungen Leuten, das jetzt gebraucht wird.

Daher sollten wir jetzt die Diskussionen offen führen, alle Ressorts beteiligen, entschlossen vorangehen, Fehler zulassen, uns nicht im politischen Klein-Klein verlieren, sondern uns darauf besinnen, dass wir in Hamburg, in Deutschland eine Gesellschaft sind, sowie in Europa und auf der Erde eine Gesellschaft von Gesellschaften sind. Und am besten handeln Gesellschaften miteinander und füreinander, um ihre Zukunft zu sichern. Auch wenn es nicht einfach wird. 

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Kristin Alheit, Rechtsanwältin, seit 1995 für die SPD kommunalpolitisch aktiv, 2012 bis 2017 Ministerin des Landes Schleswig-Holstein für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, seit 2017 Geschäftsführende Vorständin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Hamburg

Dr. Rolf Bosse, Rechtsanwalt, Geschäftsführer und Vorstandsvorsitzender des Mietervereins zu Hamburg

Prof. Dr. Klaus Dörre, Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Geschäftsführender Direktor des DFG-Kollegs »Postwachstumsgesellschaften« (bis 2021)

Dr. Angelika Gellrich, Umweltpsychologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet I 1.4 (wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Umweltfragen, nachhaltiger Konsum) beim Umweltbundesamt, als Fachbegleitung dort zuständig für die regelmäßigen Studien zum Umweltbewusstsein in Deutschland; Forschung u.a. zu sozialen und gesellschaftlichen Fragen der Nachhaltigkeitstransformation

Claudia Herzog, Journalistin, Hamburg

Jens Kerstan, Studium der Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik und Finanzwissenschaften, seit 1998 Mitglied der Grün-Alternativen Liste (GAL) bzw. von Bündnis 90/Grüne, seit 2015 Senator für

Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg

Prof. Dr. Sighard Neckel, Universitätsprofessor für Soziologie, insbesondere Gesellschaftsanalyse und Sozialer Wandel an der Universität Hamburg, zugleich Sprecher der DFG-Kolleg-Forschungsgruppe »Zukünfte der Nachhaltigkeit: Modernisierung, Transformation, Kontrolle«

Dr. Stine Marg, Politikwissenschaftlerin, Geschäftsführerin des Instituts für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen

Michael Schipperges, Gründer und geschäftsführender Gesellschafter von sociodimensions, Institute for Socio-cultural Research in Heidelberg, das sich schwerpunktmäßig mit nachhaltigkeitsbezogener Lebensweltforschung beschäftigt; in dieser Funktion beteiligt an diversen Umweltbewusstseinsstudien des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes sowie am Projekt »Umweltpolitik im Dialog«

Prof. Dr. Tilman Lutz, Sozialarbeiter und Kriminologe, seit 2020 an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) Hamburg, Department Soziale Arbeit, mit Schwerpunkt Wissenschaft und Methoden der Sozialen Arbeit

Dr. Anne Vogelpohl, Geografin und Soziologin, von 2018-2023 Vertretungsprofessorin für Sozialwissenschaften / Sozialpolitik am Department Soziale Arbeit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) Hamburg

Jahrgang 2022

44/22 – **Südwestdeutsche Medientage: »Wir brauchen die nicht mehr!« – Direktkommunikation vs. Freie Presse?** (Ev. Akademie der Pfalz, Protestantisches Bildungszentrum Butenschöen-Haus (Landau) und Hambacher Schloss, 29. bis 30. Juni 2022)
40 Seiten / 4,30 €

45/22 – **Bischof Stäblein beim Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer – Einführung der EKD-Bevollmächtigten Anne Gidion – Interkulturelle Woche – Gnadauer Verband** – 24 Seiten / 3,60 €

46/22 – **Klimaschutzrichtlinie der EKD und Roadmap der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) für einen verbindlichen EKD-weiten Prozess zur Klimaneutralität bis 2035**
20 Seiten / 2,80 €

47/22 – **11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (1)** Karlsruhe, 31. August bis 8. September 2022 – 60 Seiten / 5,30 €

48/22 – **75 Jahre Lutherischer Weltbund (LWB) und Deutsches Nationalkomitee des LWB (DNK/LWB)**
Festakt am 7. Oktober 2022 auf der Wartburg in Eisenach – 32 Seiten / 4,30 €

49/22 – **Synodentagung 2022 (1)** 3. verbundene Tagung der 13. Generalsynode der VELKD, der 4. Vollkonferenz der UEK und der 13. Synode der EKD, Magdeburg, 4. bis 9. November 2022 – 68 Seiten / 5,60 €

50/22 – **Synodentagung 2022 (2)** 3. verbundene Tagung der 13. Generalsynode der VELKD, der 4. Vollkonferenz der UEK und der 13. Synode der EKD, Magdeburg, 4. bis 9. November 2022 – 40 Seiten / 4,30 €

51/22 – **Digitale Communities – Eine Pilotstudie zur Followerschaft von christlichen Influencer*innen auf Instagram** midi (Evangelische Arbeitsstelle für missionarische Kirchenentwicklung und diakonische Profilbildung) / Evangelisches Werk Diakonie und Entwicklung e.V. – 52 Seiten / 5,30 €

Jahrgang 2023

1-2/23 – **Rüstungsexportbericht 2022 der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)**
96 Seiten / 7,50 €

3/23 – **Zweite friedensethische Tagung zum Ukraine-Krieg: Im Dialog mit aktuellen Stimmen aus Osteuropa**, 18. Oktober 2022 – **Predigt der EKD-Ratsvorsitzenden Kurschus am Reformationstag**
28 Seiten / 3,60 €

4/23 – **11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (2)** Karlsruhe, 31. August bis 8. September 2022 – 48 Seiten / 4,80 €

5-6/23 – **»Gott mit uns!« – Das schwierige Erbe des Nationalprotestantismus** Symposium des Lernorts Garnisonkirche und der Martin-Niemöller-Stiftung e.V., 1. bis 2. Oktober 2021 – 84 Seiten / 6,80 €

7/23 – **Synodentagung 2022 (3)** 3. verbundene Tagung der 13. Generalsynode der VELKD, der 4. Voll-

konferenz der UEK und der 13. Synode der EKD, Magdeburg, 4. bis 9. November 2022 – 48 Seiten / 4,80 €

8-9/23 – **Die Zukunft der Zivilgesellschaft** (Tagung der Ev. Akademie Tutzing in Kooperation mit dem Freundeskreis Ev. Akademie Tutzing e.V. und dem Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) für Sozialforschung, Tutzing, 3. bis 5. Juni 2022) – 88 Seiten / 6,80 €

10/23 – **Ökumenischer Lagebericht 2022 des Konfessionskundlichen Instituts** (Kollegium des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes, Arbeitswerk der EKD (Bensheim)) – 64 Seiten / 5,60 €

11/23 – **»Partnerin, Schulmeisterin, Dienstleisterin, Prophetin. Kirche und Theologie im Verfassungsstaat Bundesrepublik Deutschland«** XIX. Konsultation Kirchenleitung und wissenschaftliche Theologie Worms, 28. bis 30. September 2022 – 68 Seiten / 5,60 €

12/23 – **Krieg in der Ukraine: Kirchliche Stimmen zum Jahrestag des russischen Angriffs**
36 Seiten / 4,30 €

13/23 – **75 Jahre Konfessionskundliches Institut des Evangelischen Bundes** (Studientag und Festvortrag von Bischöfin Kirsten Fehrs, Bensheim, 27. Oktober 2022) – 44 Seiten / 4,80 €

14/23 – **Verleihungen der Hanna-Jursch-Preise der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und des Karl-Barth-Preises der Union Evangelischer Kirchen (UEK)** im Rahmen der XIX. Konsultation Kirchenleitung und wissenschaftliche Theologie, Worms, 28. bis 30. September 2022 – 24 Seiten / 3,60 €

15/23 – **Jahrestag des Anschlags von Hanau / Predigt Kurschus – Chemnitzer Friedenstag / Predigt de Maizière – Einführung von Jerry Pillay** in sein Amt als ÖRK-Generalsekretär – **Erklärung des Rates der EKD zur Zusammenarbeit mit Sinti und Roma**
20 Seiten / 2,80 €

16/23 – **Evangelische Kirche – wohin?** (Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing, 9. bis 11. Dezember 2022) – 68 Seiten / 5,60 €

17/23 – **Bericht von Landesbischof Bedford-Strohm vor der bayerischen Landessynode** (München, 28. März 2023); **Stellungnahme der VELKD-Bischöfskonferenz und -Kirchenleitung zu 50 Jahren Leuenberger Konkordie** (Hannover, März 2023)
20 Seiten / 2,80 €

18/23 – **75 Jahre Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK)** (Festgottesdienst, Festakt und 252. Mitgliederversammlung der ACK, Magdeburg, 21. bis 23. März 2023) – 32 Seiten / 4,30 €

19/23 – **Evangelisch predigen** (Gemeinsamer Studientag von Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) und Evangelischer Kirche in Deutschland (EKD) zu »Predigtgemeinschaft«, Frankfurt am Main, 20./21. Februar 2023) – 60 Seiten / 5,30 €

20/23 – **Sport und Politik – Zwischen Autonomisierung und Instrumentalisierung** (5. Sportethischer Fachtag der EKD, Evangelische Akademie Frankfurt, 28. März 2023) – 44 Seiten / 4,80 €

21/23 – **Jahresempfang der Evangelischen Akademie Tutzing** (15. März 2023) / **Dorothee Sölle – Eine Würdigung von Dr. Horst Gorski** (April 2023)
20 Seiten / 2,80 €

22/23 – **Sterbehilfe / Gemeinsames Wort zur Interkulturellen Woche 2023 / Impulsvortrag von Landesbischof Tobias Bilz** zum Thementag der Sächsischen Landessynode / **Schriftlicher Bericht von Landesbischof Ralf Meister** vor der Landessynode der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers – 32 Seiten / 4,30 €

23/23 – **Dritte friedensethische Tagung zum Ukraine-Krieg: »Ich habe geträumt, der Krieg wär' vorbei« ... Politische Möglichkeiten und theologische Perspektiven aus Ost und West** (Digitaler Studien-Nachmittag der Ev. Akademien, 20. März 2023) – 24 Seiten / 3,60 €

24/23 – **Maß des Möglichen – Perspektiven evangelischer Friedensethik angesichts des Krieges in der Ukraine – Ein Debattenbeitrag** (hrsg. im Auftrag der Ev. Seelsorge in der Bundeswehr) – 48 Seiten / 4,80 €

25/23 – **Festrede von Peter Dabrock: »Stell Dir vor »Kirche« spricht, und keiner will's hören!« – Bericht von Präses Kurschus vor der Landessynode – Predigt von Landesbischof Gohl beim Bietigheimer Tag – Vortrag von Vizepäsident Charbonnier: Journalismus mit Haltung: das Evangelium als Bezugspunkt für die evangelische Publizistik** – 28 Seiten / 3,60 €

26/23 – **Sterbehilfe (4)** Deutscher Bundestag: Gesetzentwürfe zur Neuregelung der Suizidhilfe Entschließungsanträge zur Suizidprävention / Landessynode der Ev. Kirche von Westfalen: Theologisch-ethische und rechtliche Bewertungen zur Neuregelung des assistierten Suizids – 48 Seiten / 4,80 €

27/23 – **38. Deutscher Evangelischer Kirchentag (1)** Eröffnungs- und Schlussgottesdienste, Podien Nürnberg, 7. bis 11. Juni 2023 – 32 Seiten / 4,30 €

28/23 – **Ökumenischer Dialog mit der römisch-katholischen Kirche** (Frühjahrstagung der Bischofskonferenz der VELKD mit Kurt Kardinal Koch, Kloster Loccum, 11.-14. März 2023) – 40 Seiten / 4,30 €

29/23 – **»Vom Krieg zum Frieden«** (Tagung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins in Kooperation mit der Martin-Niemöller-Stiftung, Erfurt, 24. bis 26. März 2023)
60 Seiten / 5,30 €

30/23 – **Sterbehilfe (5)** Deutscher Bundestag: Debatte über Gesetzentwürfe zum assistierten Suizid am 6. Juli 2023/Entschließungsantrag »Suizidprävention stärken«; Stellungnahmen von Kirchen und Diakonie zur Bundestagsdebatte – 36 Seiten / 4,30 €

31/23 – **38. Deutscher Evangelischer Kirchentag (2)** Bibelarbeiten, Nürnberg, 7. bis 11. Juni 2023
60 Seiten / 5,30 €

32/23 – **Schuldbekennnis der EKHN gegenüber queeren Menschen 3.** Tagung der 13. Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), Frankfurt am Main, 27. bis 29. April 2023
24 Seiten / 3,60 €

33/23 – **Klimapolitik und Ungleichheit – 12. Konferenz zur sozialen Spaltung** (Tagung der Evangelischen Akademie der Nordkirche in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Soziales Hamburg)
40 Seiten / 4,30 €

Der Informationsdienst **epd**-Dokumentation (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen:
GEP gGmbH Leserservice
Postfach 1154
23600 Bad Schwartau
Tel.: 0451 4906-830
Fax: 0451 4906-950
E-Mail: gep-
leserservice@mediexpert.com
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 34,65 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 40,25 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format 31,95 €. Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzel-exemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,50 €.

epd-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.